

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlickova nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Havlickova nám. 32. Postfachamt 57544. Inserate werden auf Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . K 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.— Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 22. März 1923.

Nr. 67.

Zank im Olymp.

Nur selten ist es den gewöhnlichen Sterblichen gegönnt, einen Blick in die olympischen Gefilde der kapitalistischen Gesellschaft zu tun, allwo die Erfahrenen der Freuden der Ernte mühelosen Mehrwertes teilhaftig werden. Die tief unten im Inferno der Arbeitsklaverei wimmelnde Masse mag daher zu diesen Erfahrenen vielfach noch immer voll Andacht und Verehrung aufblicken und von dem Einfluß an Geist, Fähigkeiten und Verstand, den sie, die Besitzer der Aktien und Wertpapiere, zur Erhaltung des modernen Produktionsprozesses beisteuern, recht erhabene Vorstellungen hegen. Bis ein Zufall den Schleier lüftet, der die Mächtigen, die Besitzer des großen Zaubermittels — das ihnen die emsig robotternde Masse dienstbar macht — von der gemeinen Menge trennt, worauf diese verblüfft wahrnimmt, daß von denen, für die sie sich im Schweiß ihres Angesichts müht und plagt, das Dibelwort von den Lilien auf dem Felde gilt: „Sie säen nicht und ernten nicht und gehen doch herrlicher gekleidet, als Salomon in aller seiner Pracht.“

So wurde ein Zipfel dieses Schleiers, der das Treiben der Aiguren des Gottes Kapital sonst vor den Blicken der Profanen verhüllt, auch in den letzten Tagen anläßlich der Generalversammlung der „Ceska Banka“, durch einen Streit, der unter diesen Aiguren ausgebrochen war, gehoben. Da gab es recht liebliche Dinge zu schauen. Generalversammlungen der Aktienbesitzer der Banken gleichen sonst Freudenfesten und ihr Verlauf vollzieht sich in der Feierlichkeit einer gottesdienstlichen Handlung, denn hier berichtet der Verwaltungsrat über den Erfolg seiner Mühen und über die zur „Ausüttung“ gelangenden Divenden und Zantien. So was stimmt festlich und feierlich, denn bekanntlich ist Arbeit des Bürgers Zierde und Segen der Mühe Preis, der uns so angenehm wirkt, je mehr er der Mühe Anderer entstammt. Aber diesmal fehlte die nachgerade zum Ritus gewordene übliche Form und es ging gar nicht feierlich zu, denn unter den Teilnehmern an der Generalversammlung war ein böser Zank ausgebrochen, weil einer sich in seiner — Ehre gekränkt fühlte. Man zweifle nicht daran: auch wirkliche und gewesene Verwaltungsratsmitglieder haben ihre Ehre, wenn sie auch von der kommuner Mensch verschieden ist. In diesem Falle wurde das kostbare Gut der Ehre dadurch verlegt, daß im Vorjahre bei der vorletzten Generalversammlung der Bank ein Verwaltungsratsmitglied, obwohl es wieder auf die Kandidatenliste des Verwaltungsrates gesetzt worden war, dennoch nicht gewählt wurde. An seiner Stelle wurde der — Prager Bürgermeister Dr. Vaga gewählt, was ein Gotteswunder an sich bedeutet, denn gewöhnlicher Menschenverstand wird es nicht fassen, daß der Bürgermeister einer Stadt von fast 700.000 Einwohnern so nebenbei auch noch Zeit und Muße findet, in diversen Verwaltungsräten von Banken, durch deren Kassen hunderte von Millionen hindurchgehen, und denen eine Menge Industrieunternehmen gehören, mitzutun. Aber Uebergenies bringen auch das zuwege und was tut man als guter Patriot nicht alles für seine Nation! Doch, wie gesagt, durch die Hinaushebung des anderen Verwaltungsrates wurde dessen Ehre mächtig angegriffen und in der letzten Generalversammlung gab er dieser gekränkten Ehre durch Enthüllungen über seine ehemaligen Mitgenossen Ausdruck. Die streitenden Brüder fuhren sich mit großem Glan in Haupt- und Barthaare und das fröhliche Turnier ging nicht ohne eine wesentliche Rampunierung der ganzen edlen Gesellschaft zu Ende.

Der Wackerer, dem die Deffentlichkeit den kleinen Einblick in die Geheimnisse des kapitalistischen Olymps verdankt, ist der Kommerzienrat — Gott sei Dank, wir haben wieder solche! — Vitel, der sich zu einer Kritik „umso berechtigter“ erklärte, als er drei Jahre der Verwaltung der Bank angehört habe, bis er im Vorjahre in der Generalversammlung „meuchlings an seiner Ehre verlegt“ worden

Ein deutscher Reparationsplan.

London, 21. März. (Havas). Die „Westminster Gazette“ meldet, wird Deutschland nach einer ihm aus maßgebender Quelle zugekommenen Mitteilung allen alliierten Re-

gierungen einen Vorschlag für eine Vereinbarung bezüglich der Reparationen übermitteln.

Die Zeit arbeitet gegen Frankreich.

Das Bekenntnis eines nationalitästlichen Deputierten.

Berlin, 21. März. (Eigenbericht.) Die „Humanität“ veröffentlicht einen Brief eines nationalitästlichen Abgeordneten, der das Ruhrgebiet bereits hat, an Poincaré. Der Abgeordnete, der dem Kreis um Tardieu angehört soll,

drückt sich über den Erfolg der Befehung sehr pessimistisch aus und sagt, die Zeit arbeite gegen die Franzosen und schlägt die Ernennung Loucheurs zum Diktator für das Ruhrgebiet vor.

Deutschnationale Banditen suchen französische Helfer.

Berlin, 21. März. (Eigenbericht.) In Frankfurt am Main wurde ein neues Hochverratskomplott ausgedeckt. Einige junge Leute von dem nationalitästlichen Geheimbund „Blücher“ boten sich den Franzosen an, eine Synagoge in die Luft zu sprengen und dadurch

Unruhen zu erzeugen. Die Franzosen sollten ihnen das Material zur Verfügung stellen. Nun wurden fünf Mann in Haft genommen; sie erklären jetzt, sie hätten die Franzosen nur „zum Besten“ halten wollen.

Der Konflikt im Bergbau.

Samstag entscheidende Reichskonferenz der koalitierten Verbände.

Prag, 21. März. Wie wir erfahren, haben die gestern im Ministerium des Innern in Anwesenheit des Stellvertreters des Ministerpräsidenten Malypetr und des Ministers für öffentliche Arbeiten Srba stattgefundenen Verhandlungen über den Konflikt im Bergbau eine Annäherung der beiden Standpunkte in der brennendsten Frage des Konfliktes, in der Frage der Arbeitszeit, ergeben. Die koalitierten Verbände beschloßen, auf Samstag eine Reichskonferenz nach Prag einzuberufen. In die Kohlenreviere, in denen heute Revierkonferenzen stattfanden, wurden Telegramme gesendet, den Generalstreik, der morgen beginnen sollte, zu verlegen, bis die samstägige Reichskonferenz der Bergarbeiter entschieden haben wird.

Seipels Gerichte gegen Seipel.

Wien, 21. März. Der Verfassungsgerichtshof hat heute die Regierungsverordnung vom 11. Dezember 1922 und die Verordnung betreffend die erhöhten Gerichtsgebühren als gesetzwidrig erklärt und die Aufhebung dieser Verordnung mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1923 ausgesprochen. Die Aufhebung der Verordnung erfolgte, weil der Gerichtshof der Ansicht war, daß die Regierung mit dieser Verordnung, die ihr im Wiederaufbaugesetze zugesprochenen Vollmachten überschritten habe. Die Regierung wird nun gezwungen sein, beide Verordnungen zurückzuziehen und sie dem außerordentlichen Kabinettsrat zur neuerlichen Verhandlung zu unterbreiten.

Gestern hatte sich der Verfassungsgerichtshof mit der Beschwerde der Gemeinde Wien gegen die Zollverordnung zu befassen, die sofort nach ihrer Erlassung von den Sozialdemokraten ebenfalls als ungesetzlich erklärt worden war, weil nämlich die Regierung die Verordnung mit Uebergehung des außerordentlichen Kabinettsrats herausgegeben hat. Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes soll erst Freitag verhandelt werden, es soll aber auch diese Verordnung als verfassungswidrig aufgehoben worden sein.

jet. Der Herr Kommerzienrat machte seinem geprehten Herzen vor allem gegen seinen erfolgreichen Nebenbuhler, den „Primator von Prag“, Dr. Vaga, Luft und überließ es dem „Urteil der Deffentlichkeit“ ob dieser anständig gehandelt habe, als er „zum Fenster statt zur Tür in die Verwaltung kam“. Es scheint, daß es der „Deffentlichkeit“, an die sich der Herr Vitel wendet, ebenso wie Herrn Dr. Vaga, recht gleichgültig ist, durch welche Deffnung, ob zur Tür oder Fenster, der Letztere den Weg in den Verwaltungsrat fand, denn für Dr. Vaga dürfte Hauptfrage sein, daß er den Weg hinein überhaupt fand und die kapitalistische Welt hat nie darnach gefragt, wie jemand etwas wurde, sondern nur daß jemand etwas war. Nach Dr. Vaga kam der Präsident der Bank, Herr Rosenkranc (mit c), an die Reihe. Da konnte der gekränkte Herr Kommerzienrat ins Volle gehen. Er machte dem Herrn Präsidenten Rosenkranc zum Vorwurfe, daß er — sage und schreibe — 54 Funktionen bekleide, von denen die Hälfte bezahlte „Posten“ sind, jodas es schon physisch unmöglich sei, den dadurch an ihn gestellten Anforderungen zu entsprechen. Als Herr Kommerzienrat Vitel diese Tatsache feststellte, da mochte wohl weniger der Umstand der Bekleidung von etwa 30 bezahlten Verwaltungsstellen durch Herrn Rosenkranc, als der Verlust der einen einzigen bezahlten Verwaltungsratsstelle das treibende Motiv zu dieser „Enthüllung“ gewesen

sein. Aber ist denn die Bekanntmachung dieser Sache eine „Enthüllung“? Steht denn der Herr Präsident mit seinen vielen reichdotierten Stellungen allein da? Im kapitalistischen Olymp gibt es doch noch mehr solcher Athleten im Nehmen! Wie dankbar und für alle tschechischen Patrioten anregend wäre es beispielsweise, Forschungen darüber anzustellen, wie viele bezahlte Verwaltungsratsstellen so mancher ihrer nationalen Helden in seinen Händen zu vereinigen wußte, jodas sich diesen Leistungen gegenüber Herr Rosenkranc wie ein Stümper ausnimmt. Nach dem Umsturz bildete doch einen der wichtigsten Teile der „Befreiungsaktion“, daß die Befreier mit aller Ellenbogenrücksichtslosigkeit sich an die ernährende kapitalistische Krippe herandrängten und sich unter Berufung auf die „geänderten nationalen Verhältnisse“ in den Verwaltungsräten aller nur möglichen Banken und Unternehmen festsetzten. Nein, was Rosenkranc trifft, das treffen so manche andere Gott Rimm-Gläubiger auch! Und wenn Herr Vitel besorgt meinte, der Herr Präsident Rosenkranc könnte „physisch den an ihn gestellten Anforderungen nicht entsprechen“, so übersieht er, daß es sich nicht um Posten, sondern um Pfunden handelt. Für die Masse der Bevölkerung wird es natürlich auch weiterhin ein erstauuliches Wunder bleiben, daß man 54 solcher „Funktionen“, von denen manche über 100.000 Kronen jährlich einträgt — bekleiden kann, ohne dabei arbeiten zu müssen.

Und daß Herr Präsident Rosenkranc von vieler Arbeit keine Schwierigkeiten bekam, das gab er selber zu, als sein Gegner in der Generalversammlung ihm vorwarf, das Tochterunternehmen der „Ceska Banka“, die Hostivarer Mühlen A.G. sei schlecht geführt worden, jodas ihre Bankschuld 15 Millionen Kronen betrage. Es mußte Herr Rosenkranc auch zugeben, daß er „nie im Geschäft des Zeitungsbüros Pavlit gewesen“ war und daß er, obwohl Ausschußmitglied dieser, der Bank affiliierten Unternehmens doch keine blasse Ahnung von der Wirtschaft hatte, die in diesem Unternehmen betrieben wurde. Er hielt es für eine genügende Rechtfertigung, daß er mit Emphase erklärte, er habe, als er von der Wirtschaft im Unternehmen erfuhr, die 100.000 Kronen, die er als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses erhielt, da es sich um gestohlenes Geld handelte, zurückgegeben, was Kommerzienrat Vitel nicht getan habe. Was für ein Umgangston unter diesen Edelsten und Besten der heutigen „Gesellschaft“ besteht, mag daraus zu ersehen sein, daß der also beschuldigte Herr Kommerzienrat dem Präsidenten Rosenkranc darauf zurief: „Ich gebe meine 100.000 Kronen auch zurück, wenn Sie beweisen, daß Sie das Geld zurückgegeben haben!“ Manchmal soll es in dieser Gesellschaft doch vorkommen, daß eine Krähle der andern ein Auge aushackt.

Trotz dieser üble Dünste verbreitenden Zwischenfälle bemühten sich die Versammelten doch, zu beweisen, daß sie brave tschechische Patrioten seien und wenigstens eine nationale Moral besäßen. Als Herr Vitel Herrn Rosenkranc vorwarf, daß er Präsident der verkrachten Gahaer Glasfabrik sei, welcher die Bank große Kredite gewährt habe, wodurch die Bank große Verluste erlitt, da brauchte nur ein Verwaltungsratsmitglied mit schönem Pathos zu verkünden, daß die Gahaer Glaswerke vor allem aus nationalen Gründen gehalten worden seien, damit das Unternehmen nicht in deutsche Hände übergehe, worauf er sofort den Beifall der Versammelten auf seiner Seite hatte. Dasselbe war bei dem Vorwurfe wegen der Fusionierung mit der Firma M. Hergert der Fall, welches Verlustgeschäft mit dem Hinweise, daß dadurch eine deutsche Firma in tschechische Hände überging, gerechtfertigt wurde. Die versammelten tschechischen Patrioten und Dividendenjäger fanden es ganz in Ordnung, daß sie das Recht haben, mit den von den Arbeitern erarbeiteten Geldern der ihnen ausgelieferten Unternehmungen nicht nur die eigenen Taschen zu füllen, sondern zu nationalen Zwecken, wie sie sie verstehen, auch Verlustgeschäfte zu machen. Schließlich wissen sie, daß auch diese Art der „nationalen Betätigung“ sich, wenn auch nicht für die Arbeiterschaft, so doch für sie in klingender Münze lohnt. Am nächsten Tage konnte man in einem Prager deutschbürgerlichen Blatte die bittere Klage darüber lesen, daß es die deutschen Kapitalisten nicht auch so machen, und daß bei diesen nur „Kriecherei, Verlogenheit, Schabigheit und Treulosigkeit vom ersten Tage an“ herrschen. So konnte der Verwaltungsrat der „Ceska Banka“ die Generalversammlung trotz der vorgefallenen Episoden, noch immerhin als wenigstens von der nationalen Gloriole untrüben, zu Ende führen.

Nachdem sich die Aiguren ausgiebig mit Schmutz beworfen hatten, löste sich auch sonst alles in Wohlgefallen auf, denn Herrn Vitel wurde das Wort entzogen und die Versammlungsteilnehmer konnten die beruhigende Versicherung entgegennehmen, daß trotz aller fragwürdigen Geschäfte der Reingewinn der Bank noch immer 6.941.704 Kronen betrage. Die Dividende wurde mit siebeneinhalb Prozent, die Verwaltungsratsantienmen mit fünf Prozent bemessen, worauf die Herren nach getaner Arbeit zufrieden nachhause gingen. Der ausgebrochene Zank hat einen Augenblick das Treiben dort der Deffentlichkeit enthüllt. Nun kann die arbeitslose Plüschmacherei wieder ihren Fortgang nehmen, bis, nun bis die kapitalistische Götterdämmerung auch diesen Olymp in Stant und Rauch aufgehen lassen wird.

Die südlawischen Wahlen

Das Ergebnis, welches die sonnigen Wahlen den Südlawen gebracht haben, läßt an Deutschland nichts zu wünschen übrig, insofern es die Stimmungen und Wünsche der Bevölkerung nach der staatsrechtlich seit langem feststehenden und bestimmt ausgedrückt. Die sozialen Kämpfe und Bestrebungen hingegen kommen in den Resultaten nicht zum Ausdruck und noch weniger läßt sich aufgrund des Stärkeverhältnisses der Parteien voransagen, ob und wie es zu einer verlässlichen Mehrheitsbildung im Parlament kommen soll. Daran ändert auch die amtliche Versicherung nichts, daß die Verfassungsfreunde eine Mehrheit von 180 Stimmen besitzen. Denn es fragt sich sehr, ob diese Mehrheit sich auch zu einander finden und ob ihr platonisches Bekenntnis zur Verfassung gegenwärtige Kämpfe unter ihnen, wie sie die alte Staatsform andrachten, tatsächlich verhindern wird. Wir zweifeln an diesem Burgfrieden, bezw. an seiner längeren Dauer, falls er zustande kommen sollte.

Die Anhänger der zentralistischen Zentralverfassung verfügen also zweifellos über die Mehrheit — ob es aber auch praktisch zum Ausdruck kommen wird, steht noch sehr im Dunkeln. Denn Basis kann sich eigentlich nur auf seine 109 Anhänger und auf die 13 südlawischen Wohnkammer fest verlassen, über die Stellung der 52 Demokraten wird erst die Zukunft Aufschluß bringen. Unter ihnen steht der rechte, von Ribicovic geführte Flügel einer Verfassungsrevision im föderalistischen Sinne feindlich gegenüber, die andere Gruppe unter Davidovic aber nahm im September 1922 an einem „Verbindungsabkommen“ teil, eine Demonstration, die ein Vierteljahr später zur Sprengung der radikal-demokratischen Regierungskoalition führte. Daß die Demokraten diesen ihren inneren Zwiespalt mit einer katastrophalen Wahlniederlage büßen mußten, indem die vierzig ihnen abgenommenen Mandate größtenteils der radikalen Partei zufielen, beweist wohl, wie stark der zentralistische Gedanke den serbischen Bevölkerungsteil in SZS beherrscht.

Aber die gleiche Tatsache kann doch auch dem Zentralismus selbst gefährlich werden. Denn die Wahlniederlage muß die Kluft zwischen den Demokraten und ihren Erben, den Radikalen, noch erweitern, der so sichtbar zutage getretene Kontrast kann die Wiedererrichtung der Koalition leicht verhindern und die agrarischen Radikalen den bürgerlichen Demokraten völlig verfeinden. Erfüllt sich diese Möglichkeit, so stehen 122 Zentralisten nicht weniger als 135 Anhänger einer Verfassungsrevision gegenüber und 52 Demokraten bilden das freibewegliche Bindeglied an der Waage. Denn so wie sich die Serben zum Zentralismus, so unumwunden haben sich die Kroaten mit ihrem Jutouf zu Radik und die Slowenen, indem sie sich um das liberale Banner scharten, zur Autonomie der drei Landesteile, ja zur föderativen Republik bekant. Der Traum des einheitlichen Königreiches der Südlawen ist ausgeträumt, trotz daß jede der drei Bevölkerungsgruppen zu ihrem Eigenrecht.

Das neue südlawische Parlament wird also im Zeichen des Verfassungskampfes stehen und die gesamte Einwohnerzahl des Staates bereitet sich so entschieden darauf vor, daß für den Augenblick

die großen sozialen Streitfragen auffällig zurückgetreten sind. Seinen Ausdruck findet das in der geringen Teilnahme, die sich die ausgesprochenen Klassenkompromisse zu erringen wußten. Sicherlich haben die harten Ausnahmemaße gegen alles des „Kommunismus“ Verdächtige die sozialdemokratische und die kommunistische Agitation katastrophal geschädigt. Aber das Zusammenstürzen von rund sechzig auf drei Mandate läßt sich damit allein nicht begründen, vielmehr muß das Interesse der Bewohner heute von anderen Fragen, eben von der staatsrechtlichen, so stark ausgefüllt sein, daß alles andere demgegenüber zurücktritt. Dafür spricht auch der Umstand, daß die vor allem sozial orientierten „Landwirte“ nur neun Mandate zu gewinnen vermochten. Die Vorgänge und Erfahrungen dieser Wahlen entsprehen nicht der geschichtlichen Logik. Es mag so sein, daß zuerst jeder Volksteil eines Staates die Verfassung seinen

Die Ententezialisten und das Ruhrproblem.

Ausarbeitung eines Wiederaufbau- und Gesundungsprogrammes.

Paris, 20. März. (Sch. P.) Die Vertreter der sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens traten heute zu einer Beratung zusammen. Gegenstand der Beratung war die Festlegung einer gemeinsamen Haltung gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Besetzung des Ruhrgebietes und gegenüber dem Reparationsproblem. Die französische sozialistische Partei war vertreten u. a. durch die Abgeordneten Blum, Boncourt, Dubet, Aurio, Brade sowie durch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Partei Longuet, Renaudel und Grumbach, die englische Arbeiterpartei durch Ramsay MacDonald, Gilliet und Bazton, die belgische Arbeiterpartei durch Vandervelde und Camille Huysmans, die italienische sozialistische Partei durch Mattei und Montegiano. Grumbach, der im Industriegebiete gewesen ist, erstattete Bericht über die Lage. Es ist beschlossen worden, eine Zusammenkunft der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten baldigst entweder in Köln oder in Berlin zu veranstalten, um mit ihnen über die Lage zu beraten. Die heute abgehaltene sozialistische Konferenz der Alliierten hat sich bis zum 29. März vertagt, um inzwischen der Delegation, die sich nach Berlin begibt, Gelegenheit zu geben, mit der Deutschen sozialdemokratischen Partei zu verhandeln. Die Entschliekung, die nach Beendigung der Beratung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

1. Eine Lösung des Reparationsproblems und des Problems der internationalen Sicherheit ist unerlässlich für den friedlichen Wiederaufbau Europas. Diese Lösung wird keine politischen Hintertümpfen verbergen, die beispielsweise auf eine territoriale Annexion oder auf die künstliche Schaffung von Pufferstaaten ausgehen.
2. Die augenblicklich betriebene Ruhrpolitik kann keine Lösung dieses Problems bringen und, wenn sie bis zu ihrer verhängnisvollen Krise weiter verfolgt werde, wird sie die wirtschaftlichen und politischen Gefahren verschärfen, die augenblicklich auf den europäischen Nationen laften.
3. Die Eigenliebe aller Regierungen bildet im Augenblicke das Hindernis für Verhandlungen. Aus diesem Grunde ernannt diese Konferenz eine

Bedürfnissen entsprechend eingerichtet sein muß, damit sich dann auf dieser gesicherten Basis die sozialen, Gegenstände voll und fruchtbar auswirken können.

Auch den Nachhabern der Tschchoslowakei darf der Wollausgang in Südlawien zu denken geben. Denn hier bricht die Ideologie vom Herrens Volk, dem Gott oder Vorherrschaft der Führung eines Staates für immerdar vorbehalten haben, nach kurzen drei Jahren morisch auseinander und die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes erhebt siegreich ihr Haupt. Daß es sich im Königreich SZS um nahverwandte Stämme, in der Tschchoslowakei um zwei verwandte und einen jernerstehenden Stamm handelt, ist grundsätzlich nicht zur Sache. Das Gefühl, mündig zu sein, wird jedes Volk solange unerbittlich vorwärtstreiben, bis es sich unter Gleichen gleich und frei weiß.

Die Pariser Kundgebung der Sozialisten aus den Ententeländern ist nach mehreren Seiten hin bedeutsam. In ihrer Hand allein kann die praktische Initiative zu einer Lösung des Ruhrproblems liegen, soweit das Westproletariat eine solche versuchen kann. Die Entente ist im Ruhrkampf offenkundig der anpreisende Teil, ihren Regierenden, soweit sie den Frieden gebrochen haben, in den Arm zu fallen, und soweit sie gelassen zuschauen, ein vermittelndes Eingreifen aufzuzwingen, ist die nächste und dringendste Aufgabe der Entente-Arbeiterschaft. An deren Bewältigung mit greifbaren, festumrissenen Vorschlägen heranzutreten bedeutet einen wichtigen Schritt über die bisher geübten Protestaktionen hinaus und ebenso zeigt von Tatwillen der Beschluß, mit der deutschen Arbeiterpartei in ein festes Einvernehmen zu treten.

Denn so gewiß es ist, daß die Initiative vom Proletariat des Westens ausgehen muß, so zweifellos ist es fest, daß die deutsche Arbeiterpartei ein reiches, fruchtbares Feld der Betätigung vor sich hat. Sie besitzt in ihrem Staate ein ganz anderes, entscheidungsvolleres Gewicht als etwa die Klassenorganisationen in Frankreich und Belgien, und kann dieses in die Waagschale werfen, um ihre Regierung zur Vorlage eines klaren Reparationsprogrammes zu zwingen. Das Reparatenspiel muß aufhören. Die Welt muß sehen, daß Deutschland wirklich bis zum Äußersten seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, daß es seine Milliarden energisch heranzuziehen gewillt ist, nur dann kann man auf das endliche Erwachen des Weltgewissens hoffen.

Ein Maß dafür, was die Welt von Deutschland zu fordern berechtigt und was dieses herzugeben imstande ist, bieten die Reparationsgrundsätze, welche die von den sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands, Italiens, Bel-

giens und Deutschlands beschickte Finanzländert Konferenz in Frankfurt am Main (25. bis 27. Februar 1922) ausgearbeitet hat. Von der Voraussetzung ausgehend, daß der durch den Krieg angerichtete Schaden von Deutschland gutgemacht, Deutschland selbst aber durch diese Gutmachungen wirtschaftlich nicht gelähmt werden dürfe, fordern sie:

1. Annahme eines Systems von Natural- und Arbeitsleistungen innerhalb der Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeit.
2. Schaffung eines internationalen Wiederaufbauinstituts durch alle daran interessierten Staaten, um die Rohstoffe und Arbeitskräfte den Bedürfnissen des Wiederaufbaus dienlich zu machen.
3. Annullierung und internationale Uebernahme derjenigen Lasten, die Deutschland in bezug auf die Kriegspensionen ausgedrückt wurden im Widerspruch zu Wilsons 14 Punkten, die beiderseits als Grundlage des Waffenstillstandes angenommen waren.
4. Streichung der internationalen Schulden, die aus dem Krieg entstanden sind.
5. Vorschüsse an die Länder, deren Kauf- und Produktionsfähigkeit zurzeit lahmt, durch Lieferung von Maschinen, Lebens- und Transportmitteln, die unentbehrlich sind, um den Hungersnot bekämpfen und die Industrie wieder aufbauen zu können.
6. Gründung eines internationalen Instituts für Wiederaufbau und Kreditgewährung namentlich zu dem Zweck:
 - a) den verwüsteten Ländern sofort die Summen zu liefern, die für ihre Wiederherstellung unentbehrlich sind;
 - b) den von der Hungersnot heimgesuchten Ländern, die nicht imstande sind, ohne Hilfe von auswärtig ihren Platz in der internationalen Wirtschaft wieder einzunehmen, zu Hilfe zu kommen;
 - c) die Zahlung von Pensionen an alle Kriegssopfer in dem Maße des Möglichen zu internationalisieren.
7. Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts für alle Streitigkeiten, die sich aus der Ausführung dieses Wiederaufbauplanes ergeben können.

Diese Punkte stehen gewiß im Widerspruch zu den imperialistischen Tendenzen Poincarés insofern sie ihm die meisten Handhaben zu seinem Gewaltvorhaben entwinden, und die unter vier genannte Forderung kann mit dem heftigsten Widerstand Englands und Amerikas rechnen, aber hier sprechen eben nicht Anwälte der kapitalistischen Regierungen, sondern die Vorkämpfer des Sozialismus. Und indem sie mit den humanitär verbrämten Gewalttendenzen reinen Tisch machen, zeigen sie, wie Europa und die Welt gesund werden kann: Ein von den Kriegspensionen und Besatzungskosten befreites Deutschland vermag seinen anderweitigen Verpflichtungen nachzukommen und das durch ein internationales Kreditinstitut gestützte Europa kann wirtschaftlich gefunden. Die Wiederaufnahme des Frankfurter Programmes durch die Sozialisten der Entente ist ein Stück praktischer Friedensarbeit, der Weg, den sie damit zeigen, ist gangbar und kann alle — bis auf die imperialistischen Reutepolitiker besseren Tagen entgegenführen

Betrachtungen über ästhetische Lebensgestaltung.

Die 7000 oder 8000 Jahre, die wir in der Geschichte der Menschheit aufgrund von Aufzeichnungen zurückverfolgen können, sind sicherlich gleichgültig den letzten 5 Minuten eines 24 stündigen Tages, gemessen an der Zeit, die seit dem ersten Aufblühen eines Vernunftmenschen im Tierreich vergangen ist. Dennoch hat das Menschengeschlecht in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit eine ungeheure Entwicklung genommen, namentlich in geistiger Beziehung. Religionen, philosophische Richtungen, gesellschaftliche Formen sind entstanden, haben Spuren hinterlassen, ihrer Epoche den Stempel aufgedrückt und sind zum menschlichen Bewußtsein, anderen Weltanschauungen, anderen Weltbildern sozialer Natur Plan machend oder den Weg bereitend.

Zeit ist gleichbedeutend mit Veränderung. Je mehr wir darüber nachdenken, desto besser erkennen wir die tiefe Weisheit der Worte „Alles flieht“, wir ahnen sogar ganz dunkel das Unendliche, das Ewige, das Unsterbliche. Eng verknüpft damit ist unsere Vorstellung vom Weltall. Auch dort droben gibt es ein unaufhörliches Werden und Vergehen, ein Gebären und Sterben, und die Behauptung, der Mensch sei ein Ebenbild Gottes, ist der Vergleich als Zimbild gedacht, zutreffend. Leben in jeder Gestalt und Form zeigt in den Grundzügen dieselbe Gesetzmäßigkeit. Der Stoff der Menschen, das heißt, Körper und Seele, ist ein Teil des Weltganzen, daher unsterblich. Alles in Form gebrachte Leben hat gleichsam eine gemeinsame Armmutter, entspringt einem gemeinsamen Stammbaum, einer Urquelle, deshalb müssen logischerweise auch die Grundfunktionen verwandt sein.

Ein einziger Wassertropfen enthält Millionen Lebewesen, es ist eine Welt für sich. Ist es nicht denkbar, daß diese winzigen Geschöpfe ebenso denken, empfinden, hoffen und leiden wie wir, vielleicht auf eine andere Art? Welche Lebewesen mögen uns, unsere ganze Erde, ja unser ganzes Sonnensystem gleichsam als Wassertropfen sehen.

Solange es Menschen mit der Fähigkeit zu denken gibt, haben sie über das Woher und Wohin in aller Ewigkeit nachgedrückt, oder wie es Goethe so wunderbar seinen Faust sagen läßt: Erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält! Mannigfache Schlüsse waren das Ergebnis des Grübelns, des Forschens.

Die unstillbare Sehnsucht nach Erkenntnis der Wahrheit führte zur Stiftung der Religionen, zur Aufstellung von Hypothesen in irgend einem Gebiete der Wissenschaft, die sich auf sinnlich wahrnehmbare Erscheinungen und logisch begründete Mutmaßungen stützen.

Das Weltbild entspricht demnach immer dem jeweiligen Stande der Erkenntnis von den Dingen. Ebenso ändern sich im übertragenden Sinne die Anschauungen der Gesellschaft über Recht, Moral und Ästhetik unter dem Einflusse sozialer, philosophischer und wirtschaftlicher Richtungen im Laufe der Zeit. Was heute für vollkommen gilt, kann morgen, nächstes Jahr, in tausend Jahren für falsch oder lidenhaft, ja für falsch angesehen werden.

Die Beständigkeit des Unbeständigen ist die einzig feststehende Position.

Ärztinnen, Leid, Tränen, Schweiß und - - - Das ist der Weg der kämpfenden Menschheit. Sie ist aber die Entwicklung stehen geliebet. Bis heute sind wir ein gutes Stück des Weges gegangen. Und so wie das ganze Menschengeschlecht, unser ganzes Sonnensystem unter dem Namen seiner Bestimmung zutreibt, so haben auch wir als einzelne Menschen den Kampf zu führen, ja wir sind dazu auserkoren, nicht verurteilt! Wir können auf Abwege geraten, wir können irren, immer wieder werden wir aber unser Ziel erkennen.

Nun da ich versucht habe, den Zusammenhang zwischen Einzelmenschen und Universum aufzuzeigen, will ich wieder herabsteigen von der Höhe philosophischer Betrachtungen und mich dem eigentlich zu behandelnden Thema, zuwenden einem Stoffe, der das Leben selbst betrifft. Es ist die Lebenshaltung in körperlicher und geistiger Beziehung eines ästhetischen Menschen. Wie ich mir sie denke.

Völlige genüge und reiche harmonie in der Auffassung über das Leben und seine Formen

ist der Grundpfeiler eines innigen Zusammenlebens.

Jede Religion und jede philosophische Richtung in irgend einer Epoche der menschlichen Geschichte lehrten von einander abweichende Grundsätze über Moral und Recht. Im Zeitalter des Humanismus der Menschlichkeit wurde der Satz:

„Strebe nach dem Wahren, Guten und Schönen“ zum Leitmotiv aller edlen Menschen. Das Wahre, Gute und Schöne kann nur das Natürliche sein. Wenn wir nun in gewisser Hinsicht zur Natur zurückkehren, um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, und damit die Eigenschaften einer 2000jährigen Kultur in Einklang bringen im Hinblick auf unsere Bedürfnisse, so haben wir uns dem Ziel der Erreichung des Guten, Wahren und Schönen ein bedeutendes Stück genähert.

III. Ein gesunder Körper ist die Voraussetzung für die Entwicklungsmöglichkeit einer gesunden Seele. Deshalb möchte ich an die Spitze dieses Kapitels die Körperkultur bei der Erziehung des Kindes stellen.

Unsere heutige Zweigenerationen-Familie ist die Grundlage der modernen Staatswesen. Sie ist der Hort der Erziehung der jungen Generation. Gerade in ihr wird im Punkte der Erziehung mit wenigen Ausnahmen schwer gesündigt.

Ein Liebhaber für Kanarienvögel oder Goldfische wird gewiß eifrig in einschlägigen Werken über die Lebensgewohnheiten dieser Tiere studieren, um die Zucht und das Wohlsein seiner Lieblinge nicht zu gefährden.

Wie steht es nun mit der Erziehung des Kindes, des kleinen Erd-bürgers? Wir schwebt die übergroße Mehrzahl der Arbeiter- und Kleinbürgerfamilien vor Augen.

Die Geburt eines Sprößlings wird von den jungen Eltern begrüßt oder als unabwendbares Geschick hingenommen, je nach der sozialen Stellung seiner Erzeuger. Die Erziehungsmethoden bleiben im allgemeinen die überlieferten. Haben aber nicht gerade die von „auseren Eltern“ übernommen, im wesentlichen dazu beigetragen, uns auf einen falschen Weg zu bringen, von dem wir im Bewußtsein seiner rückständigen Richtung später

wieder abgekommen sind? Im Leben erkennen wir mit Schauern, wie gewissenlos, wie schlafsig das „Erziehungswort“ vollbracht wurde. Allerdings tragen die sozialen Mißstände ein erhebliches Maß Schuld daran.

Im zarten Kindesalter schon mühte durch liebevollste Obhut in dem kleinen Menschen das Bedürfnis nach reinlichster Sauberkeit erweckt werden. Die Pflege des Körpers, insbesondere der Haut, der Zähne, der Haare, der Hände und Füße wird oft so vernachlässigt, daß vielfach frühzeitig die Folgen sichtbar werden.

Körperhaltung, Benehmen, Sprache des Kindes erfordern gleichfalls erhöhte Aufmerksamkeit.

Im Zeitalter der Pubertät — beim Mädchen ungefähr um das 13. Lebensjahr, beim Knaben etwas später — sind die jungen Menschen anfangs fast ganz auf sich selbst angewiesen in Fragen, die bedeutungsvoll sind für das ganze Leben. Welche Mutter spricht mit ihrer Tochter erschöpfend über die wichtigen sexuellen Dinge, bei oder vor Eintreten der Menstruation, welcher Vater bespricht seinen Sohn, wenn er das 14. oder 15. Lebensjahr erreicht hat und sich die Anzeichen der beginnenden Mannbarkeit einstellen? Warum sagt man ihm nichts von den Gefahren der Prostitution, von der entwürdigenden Selbstbefriedigung, von der Heiligkeit der Liebe zum anderen Geschlecht? Warum wird die Aufklärung der Gasse überlassen?

Reinlichkeit des Körpers ist durch Baden, Reinlichkeit des Herzens, des Gemütes ist durch Aufklärung über die Funktionen des menschlichen Organismus, über die sorten Triebe und Beziehungen der Geschlechter zueinander zu erzielen.

Von Haus aus schon muß auf die Erziehung der jungen Körper hingewirkt werden. Turnen, Schwimmen, Mettern Schrittschuh- und Stiefelaufen, Wandern und Singen werden den Körper kräftigen und die Seele gesund erhalten. Der Alkoholgenuss in der Jugend ist ein besonderer Abschnitt. Wenn mit dem Kampfe hier begonnen wird, ist viel getan.

Die geistige und Herzensbildung muß natürlich mit der körperlichen Hand in Hand gehen.

Den Sinn für die Natur, für echte Kunst, Musik, Literatur, Malerei und Formenschönheit — zu wecken, die Erziehung zur Wahrhaftigkeit und Hilfsbereitschaft durch das gute Bei-

Inland.

Das Organ des Ministerpräsidenten will Gendarmerie gegen die Bergarbeiter schicken. Der „Benkov“, das Sprachrohr des agrarischen Ministerpräsidenten Szecha, macht bereits seit einigen Tagen gegen die Bergarbeiter scharf. Gestern schreibt es nun unter dem Titel „Wir beginnen das Sommergetreide zu säen“ folgendes: Die Lager in Troppau beinhalten nicht einmal mehr 100 Kilo Ammoniumsulfat, welches in der ganzen Umgebung zum Düngen des Bodens für das Sommergetreide gebraucht wird. Die Herren Kohlengräber in Ostrau, die fünf- bis siebenmal mehr täglichen Verdienst haben als unsere landwirtschaftlichen Arbeiter, streifen. Sie haben ihre Wachen zu den Lagern mit Thomaschlacke und Ammoniak gestellt — zu fremdem Besitz, der ihnen nicht gehört — und unterbinden durch Terror die Lieferung dieser unentbehrlichen Düngemittel. Daher werden die Landwirte vielfach das ganze Frühjahr nicht ein bißchen Dünger bekommen, solange, bis die Herren Kohlengräber den Lohn erhalten werden, den sie diktiert. Wie, wenn die Landwirte nicht das erhalten würden, was sie fordern, sich mit Waffen zu den Lebensmitteln stellen würden und so mit Gewalt verhindern, daß aus den Lagern die unentbehrlichsten Dinge weggeführt würden? Leben wir in einem Rechtsstaat, daß ein solcher Terror der Bergarbeiter geduldet wird? Wissen hievon die Behörden? Wird jemand gegen die Bergarbeiter einschreiten? Wo zu haben wir Gendarmerie? Wo zu haben wir riesige Steuern? Die Ostrauer Bergarbeiter haben mit allen Begünstigungen 55 bis 65 Kronen täglich, unsere Arbeiter zehn bis zwölf Kronen. Und dabei unterbinden die Industriearbeiter durch Terror die landwirtschaftlichen Arbeiten.“ So höhnt also das agrarische Hauptblatt die Bergarbeiter, obwohl es gut weiß, wie der Streit entstanden ist. Es weiß, daß nicht die Bergarbeiter diktiert wollen, sondern die Kohlenbarone, die ganz grundlos den Kollektivvertrag gekündigt haben und von den Arbeitern Mehrarbeit bei geringeren Löhnen fordern. Die Bergarbeiterlöhne sind ja schon in der letzten Zeit so bedeutend gesunken, daß sie heute auch nicht, wie der „Benkov“ behauptet, 65 Kronen täglich betragen, sondern allerhöchst 45 Kronen. Es ist charakteristisch, daß das Blatt des Ministerpräsidenten offen gegen die Bergarbeiter Stellung nimmt, charakteristisch auch für die Verhältnisse in der Koalition, in der die tschechischen Sozialisten auf die Bürgerlichen, die Bürgerlichen aber nicht auf die tschechischen Sozialisten Rücksicht zu nehmen gezwungen sind.

Widersprechende Nachrichten über das Mieterbeschwerden. Ueber die vorgestern im Parlament stattgefundenen Beratung der Mieterbeschwerden sind verschiedene Gerüchte im Umlauf. Nach einigen Meldungen wurde eine Einigung nicht erzielt, besonders in Sachen der Zinserhöhung nicht und es werde großer Anstrengung bedürfen, um die Novellierung bis Freitag, wo das neue Gesetz bereits im Druck im Abgeordnetenhaus verteilt werden soll, fertig zu stellen. Nach den anderen Meldungen hat die Beratung, an der auch Minister Habrman und ein Sektionschef aus dem Ministerium für soziale Fürsorge teilnahmen, beschlossen, an dem bisherigen Gesetz nichts zu ändern und auch von der

fünfprozentigen Erhöhung des Mietzinses, die bereits so gut als fest stand, Abstand zu nehmen. Während der Verhandlungen erschien eine Deputation der Hausbesitzer, deren Sprecher erklärte, daß die Hausbesitzer, falls die Zinse nicht erhöht würden, ihre Häuser dem Staate in Verwaltung übergeben. Ob sie das wohl ernst gemeint haben?

Die Mandate der Urbensgruppe. Der Vollzugsausschuß der tschechischen sozialistischen Partei hat auf Grund des montägigen Beschlusses der erweiterten Parteiverammlung beschlossen, beim Wahlgerichtshof die Auslieferung der vier von der Urbensgruppe gehaltenen Abgeordnetenmandate zu verlangen. Der Wahlgerichtshof dürfte sich mit dieser Klage vielleicht schon in seiner Sitzung vom 24. März befassen.

Die nächste Sitzung des Senates findet am Freitag, den 23. März um vier Uhr nachmittags statt. Dieser Sitzung geht eine Konferenz der Klubmänner mit dem Präsidium voran.

Eine slowakische Interpellation. Die Abgeordneten der slowakischen Volkspartei werden in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses eine dringliche Anfrage an den Außenminister Dr. Benesch richten, in der sie darüber Beschwerde führen, daß der Gesandte Pavlu in Sofia in einem Vortrag über die tschechoslowakische Republik die slowakische Volkspartei dadurch beleidigte, daß er sie als „hochverräterisch“ bezeichnete. In der Interpellation heißt es: „Wir sind von einem staatlichen Repräsentanten bis aufs Blut beleidigt worden und betrachten es als unsere erste Pflicht, den Staat von Vertretern, die seine Ehre so befudeln, zu reinigen“.

Telegramme.

Ein Sanierungsplan der amerikanischen Industrie und Finanz.

Rom, 21. März. Die „Tribuna“ kündigt an, daß die amerikanischen Teilnehmer an dem Kongress der internationalen Handelskammer in Rom in den nächsten Tagen einen Sanierungsplan der amerikanischen Industrie und Finanz für den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Europas vorlegen werden. Falls Frankreich zustimmt, würde dadurch eine durchschlagende politische Aenderung eintreten. Das Anbot der amerikanischen Finanzleute geht dahin, zu den Reparationen der Alliierten beizutragen, sofern Frankreich auf die sofortige Eintreibung der Schulden Deutschlands verzichtet.

Hell, was helfen kann.

Wo zu die Franzosen schon Zuflucht nehmen.
Berlin, 21. März. (Eigenbericht.) Der französische Kommandant in Reddinghausen soll die Führer der dortigen Kommunisten aufgefordert haben, unter dem Schutz der französischen Besatzung die Rätestruktur zu errichten. Ein Kommunist soll geantwortet haben, die Franzosen möchten ihnen dazu ihre Waffen abliefern und sorgen, daß auch in Frankreich und Belgien die Rätestruktur errichtet werde.

Französische Lügen.

Münster, 21. März. (Wolff.) Der Düsseldorfischer Berichterstatter der Agence Havas hat be-

hauptet, der Regierungspräsident von Münster habe neuerdings die Beamten im Ruhrgebiete angewiesen, Beziehungen zu den Besatzungsbehörden aufzunehmen unter der Bedingung, daß ihm vorher Bericht erstattet werde. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist diese Meldung völlig frei erfunden.

Französischer Protest gegen die Besetzung.

Paris, 21. März. (Wolff.) Die Liga für Menschenrechte veranstaltete gestern abends eine Protestversammlung gegen die Ruhrbesetzung. Es sprachen u. a. Professor Kulard und der Chefredakteur des „Devoir“, de Rubenel, der die wirtschaftliche Bilanz der Besetzung zog. Ferner sprachen der sozialistische Abgeordnete Motet und der elässische Abgeordnete Grumbach. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Politik der Regierung im Ruhrgebiet verurteilt und verlangt, daß die Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden dem Völkerbund übertragen werde.

Belgischer Widerstand gegen Poincaré.

Das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokratie, der „Peuple“, versichert, daß er aus indirekten, wie aus verschiedenen dazu ermächtigten Quellen wisse, daß nicht nur die Regierungen Englands und Italiens in Paris und Brüssel Schritte unternommen haben, um die politischen Ziele des französisch-belgischen Vorgehens an der Ruhr kennen zu lernen, sondern daß auch der belgische Ministerpräsident und der belgische Außenminister auf der Brüsseler Konferenz bei Poincaré mit Nachdruck die Bedenken zur Sprache gebracht haben, die Belgien hat, sich weiter in eine Politik mitschleppen zu lassen, die es von England entfernte. Wenn die französische Regierung die moralische Isolierung wagen wolle, so könne das kleine Belgien, dessen Lebensgrundlage der internationale Friede und die internationale Eintracht sind, sich derselben Gefahr nicht aussetzen. Aufmerksamkeit werden der Trud der öffentlichen Meinung Englands auf die dortige Regierung und es hat den Anschein, als ob in den Kreisen der belgischen Regierung eine festere Haltung Englands gegenüber der französischen Regierung begrüßt wird, weil dadurch die eigene Stellung gegenüber den allzuweitgehenden politischen Zielen der Regierung Poincaré nur gestärkt werden kann.

Der ober-schlesische Lohnkonflikt.

Günstiger Verlauf der Verhandlungen.
Berlin, 21. März. (Eigenbericht.) Im Gewerkschaftsbau in Hindenburg in Schlesien tagte heute der Betriebskongress für Deutsch-Oberschlesien, auf dem über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen berichtet wurde. Die Verhandlungen nahmen einen günstigen Verlauf und zeigten, daß die Arbeiter keineswegs, wie in einem Teil der Presse behauptet wird, unter kommunistischem Einfluß stehen und den Generalstreik um jeden Preis wollen. Beschlüsse wurden heute nicht gefaßt. Die Beratungen sollen Donnerstag fortgesetzt werden.

Ein Vorstoß der englischen Arbeiterpartei.

Eine Sozialisierungsdebatte im Unterhaus.

London, 21. März. Der heutigen Debatte im Unterhaus lag ein Antrag des Abgeordneten der Arbeiterpartei, Philipp Snowden, zugrunde, der die allmähliche Ersetzung des kapitalistischen Systems durch ein industrielles und soziales System auf dem Wege der Gesetzgebung anstrebt. Zu diesem Antrag sind mehrere Änderungsanträge seitens der Konservativen, der National-Liberalen und der unabhängigen Liberalen eingebracht worden.

Die Rede Snowdens, der seinen Antrag eingehend begründete, wurde mit großem Interesse angehört. Die Mitglieder des Unterhauses waren sichtlich betroffen von dem Nachdruck, welchen Snowden auf die Notwendigkeit des stufenweisen Fortschreitens zum Ziele legte. Er sagte, daß die Sozialisten bisher keinen Schritt gemacht haben, ohne sich davon zu überzeugen, daß der vorhergegangene sich bewährt hat. Einen tiefen Eindruck machte auch ein anderer Teil seiner Rede, in welchem er den Bolschewismus ablehnte. Einen großen Teil der Rede widmete Snowden der Besprechung der jetzigen Verhältnisse und ihrem Einfluß auf die Industrie, die Landwirtschaft und die Wohnungsverhältnisse, die, wie er erklärte, den Verfall des kapitalistischen Systems beweisen.

Die Ausführungen Snowdens wurden von Sir Alfred Mond (Nationalliberalen) beantwortet, der gegen den Antrag Stellung nahm. Er versicherte, daß die Aufhebung des privaten Interesses an den Produktionsmitteln und ihrer Verteilung die Notion verarmen und das gegenwärtige Uebel noch vergrößern würde. Er sprach die Überzeugung aus, daß der Antrag Snowden keine Erleichterung bringen würde. Es ist absurd, dem Kapitalismus Entschleunigungen, wie Schwäche, Armut, Ungleichheit des Geistes und des Charakters zuzuschreiben. Insofern ein jeder im Lande, die Arbeiterklasse mit inbegriffen, nicht zu der Ueberzeugung gebracht werden kann, daß er für den Staat und die Lokalbehörden angestrenzter arbeiten müsse, als für die Privatunternehmungen, solange ist sehr wenig Hoffnung vorhanden, daß mit der Sozialisierung oder Municipalisierung Erfolge erreicht werden.

Fimmen in Warschau.

Warschau, 21. März. Wäntermedungen zufolge weilt in Warschau der Generalsekretär der Amsterdamer Internationale Ed. Fimmen. Während seines Aufenthaltes knüpfte er Beziehungen zu den Führern der einzelnen politischen Parteien an, um zu untersuchen, was an den im Auslande umlaufenden Gerüchten über kriegerische Absichten Polens Wahres sei. Er überzeugte sich — so behaupten natürlich die Warschauer Blätter — daß es in Polen keine Partei gibt, welche solche Absichten unterstützen würde, er wurde jedoch von den Parteiführern aufmerksam gemacht, daß Polen zur Abwehr eines jeden feindlichen Angriffes vorbereitet sei. (Und auch zum Angriff gegen Deutschland und Rußland, wenn dies Poincaré und Koch befehlen. D. Red.)

spiel, die Belehrung über alle Vorgänge des Lebens, die sozialen Bestrebungen, die gegenüber ihren Kindern.

Um diese gewaltige Aufgabe erfüllen zu können, erfordert es Opfer, es bedingt eben eine unendliche Hingabe an die Sache des Erziehungswerkes. Die Einwendung, daß unsere Arbeiterkinder dies aus Mangel an Wissen nicht imstande seien, lasse ich nicht gelten, denn es handelt sich hier nicht um die direkte Vermittlung von Wissen, sondern ausschließlich um die Anleitung und Anregung.

Jene auf die unbedingte, unbeschränkte Autorität aufgebaute Erziehungsmethode ist längst als irrig erkannt worden. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß ihre Früchte Heuchelei, Anschickelung, Demut und Unwahrhaftigkeit sind. Das Kind, der Knabe, das Mädchen, sollte als vollwertige Individualität behandelt werden, dessen Wünsche, Sorgen, Freuden und Leiden unsere vollste Beachtung verdienen.

Nur Liebe allein vermag den Charakter zu formen, eine Persönlichkeit zu entwickeln, ein wirklich inniges Verhältnis zwischen Kind und Eltern zu gestalten, das wahrhaftige Band des Vertrauens zu knüpfen; alles das kann die Liebe, — niemals die Gewalt!

IV.

Ist die Kleidung der Spiegel der Seele?
 In und durch die Kleidung wird vieles offenbar: Geschmack, Reinlichkeits- und Ordnungssinn, Achtung vor dem Mitmenschen und vor sich selbst, Nachlässigkeit, Proptentum, Gedenkhaftigkeit usw. Die Kleidung, das Äußere des Menschen sollte immer nach dem Grundfasse: Dem Bedürfnisse entsprechend (zweckmäßig), geschmackvoll und einfach sein. Diese Eigenschaften sind natürlich nicht immer in Uebereinstimmung mit der herrschenden Mode zu bringen.

Damit soll freilich nicht gesagt werden, daß der äußeren Hülle des Menschen eine über das Maß gehörende Wichtigkeit beizumessen ist. Dennoch gebietet das ästhetische Empfinden jedes Kulturmenschen auch seinem Äußeren die entsprechende Sorgfalt zu widmen.

V.

Die Arbeit ist die Quelle allen Wohlstandes. In der Arbeit selbst seine Befriedigung finden, heißt wahrhaft glücklich sein. Die Wenigen, die dies gegönnt! Das Bewußtsein für die Allgemeinheit nützlich Werte zu schaffen, erhebt wohl jeden Menschen, der Anspruch auf diese Bezeichnung stellt. Es ist der Ansporn für jede edle Seele zu immer neuer Anstrengung.

Unsere heutige Gesellschaftsform, das System der Gütererzeugung und Verteilung leidet an einem Konstruktionsfehler.

Jegedwo habe ich einmal gelesen: Sozialismus bedeute, möglichst vielen Menschen das möglichste größte Glück zu bereiten. Mir erscheint die- sen Ausdruck so gut gewählt, daß ich ihn weiter spin- nen möchte.

Ueberlegen wir uns einmal, wie die jetzt be- stehende Produktionsordnung ihrer Aufgabe ge- recht wird, die Menschen zu ernähren, sie zu klei- den, ihnen Obdach zu verschaffen.

Die vorhandenen Produktions- und Verteilungs- mittel, Fabriken, Bergwerke, landwirtschaftliche Güter, Rohstoffe, Maschinen, befinden sich in den Händen verschiedener, von einander unabhängig denkender Besitzer, die alle nach ihren eigenen Plä- nen Güter erzeugen, aufstapeln und verkaufen, ohne zu wissen, was und wieviel gebraucht wird. Die moralische Seite der Sache und die These vom Privateigentum vollen wir jetzt aus dem Spiele lassen.

Ist es nicht ein Unsinn, ins Blaue hinein zu erzeugen, nur mit der Möglichkeit rechnend, die Waren mit Gewinn verkaufen zu können?

Ist es nicht grauenhafter Wahnsinn, daß des- halb, weil zuviel Lebensmittel hergestellt werden, Menschen hungern, weil zuviel Textilstoffe da sind, Menschen herumstump herumgehen müssen, weil zu- viel Baumaterial und Möbel erzeugt werden, Men- schen keine Wohnung haben?

Die Gütererzeugung geschieht heutzutage nicht zu dem Zwecke, die hungrigen Menschen zu ernäh- ren, die nackten zu bekleiden, den obdachlosen Woh- nung zu geben, sondern um den Besitzern der Pro- duktionsmittel Gewinn zu bringen. Welche Werte der Volkswirtschaft durch die Kriege, die Arbeits- losigkeit und die Reklame verloren gehen, ist ein- fach unberechenbar. Die Arbeiterschaft, die gei-

stige, wie die manuelle kann nie voll ausgenützt werden.

Wenn wir selbst zugeben wollen, daß die Privatinitiative der treibende Faktor im Wirt- schaftslieben ist, so bleibt es unerklärlich, warum die Menschen des 20. Jahrhunderts nicht gleichzeit- ig — unter Beibehaltung des Privateigentums, damit uns die v i e l g e r ü h m t e Privatinitiative erhalten bleibt — nach den Grundfassen der Plan- und Bedarfsbedingungswirtschaft produzieren und verteilen.

Kann nun der beschäftigte, arbeitende Mensch, der in einer Welt lebt, die scheinbar von einer Ge- sellschaft Narren und Bösewichtern beherrscht wird, glücklich sein, an eine gottgewollte Weltord- nung glauben, wenn er in Abständen von fünf und zehn Jahren unter den Folgen der jeweiligen Krise, der Arbeitslosigkeit, zu leiden hat? Muß nicht in jedem denkenden Menschen die Idee Ein- gang finden, daß dieser Zustand geändert werden muß, zumal der Weg ganz klar vorgezeichnet ist. Haben nicht alle Menschen ein heiliges Anrecht auf Glück schon bei Lebzeiten?

Wenn wir einer möglichst großen Anzahl von Menschen das möglichst größte Glück bereiten wol- len, so müßte angenommen werden, der Wille der Mehrzahl der Menschen auf Erden sei hierfür maß- gebend und die Verwirklichung des Willens die- ser Mehrzahl bedeute die Erfüllung des oben aus- gesprochenen Wunsches. Dem ist leider nicht so. Die ungeheueren Masse der Menschen weicht eben nicht, was ihr frommt, und deshalb findet der Gedanke des Sozialismus in den Köpfen der Men- schen so langsam und schwer Eingang.

Die Erwähnung des Glückes der Menschen bringt mich zurück zu dem Punkte, von dem ich ausging. Ist nicht für alle Menschen die Arbeit unter dem herrschenden System der Quell des Wohlstandes? Und sind nicht alle Institutionen der heutigen Gesellschaft: Staat, Familie, Schule, Kirche, Militär, Mittel zur Unterdrückung der ar- beitenden: Menschen, Mittel zur Anebelung der Freiheit, der Ausbeutung, der Aufrechterhaltung des Elends?

Wahres Menschentum, Kultur und Zivilisa- tion bedingt die Freiheit der arbeitenden Men-

schen in geistiger Beziehung und diese hat wieder zur Voraussetzung ein gewisses Lebensniveau.

Es gibt heute keine Kulturmissionen, es gibt nur einzelne Kulturmenschen innerhalb jeder Na- tion.

Solange die Masse des Volkes an den mate- riellen und geistigen Gütern dieser Erde nicht teil- haben kann, solange wird der Zustand der Bar- barei fortbestehen.

Jetzt schon müssen wir an uns selbst arbei- ten, denn je größer die Zahl der zur Erkenntnis gelangten Individuen wird, desto intensiver wird die Kraft und der Wille nach Umgestaltung der jetzigen Gesellschaftsform. Was die Erziehung im Elternhause nicht geben konnte, was uns die Ge- sellschaft schuldig geblieben ist, müssen wir uns aus eigener Kraft erwerben. Nicht allein die Erkennt- nis genügt. Alles muß nach innerlicher Verar- beitung in die Tat umgesetzt werden. Unser Stre- ben nach geistiger, sittlicher und körperlicher Per- vollkommnung führt uns nie geahnten Genüssen zu. Die Werke der Dichter, Denker, Komponisten, Maler und Bildhauer, in ihrer Größe zu erfassen, sie geistig zu verarbeiten, ist ein der höchsten An- strengung lohnendes Ziel. Auf einmal geht es nicht. Wir müssen nach und nach auf den Ge- schmack kommen.

Wenn wir trachten, unser Leben so zu gestal- ten, wenn wir trotz aller Hemmnisse und Schwie- rigkeiten den Weg ins Freie, zu einer vollkomme- neren Lebensauffassung suchen, dann werden wir sicherlich in jeder Tätigkeit und Handlung einen Genuß finden, sodas uns das Leben wert wird und der Tod keinen Schauer einflößt.

Wenn der Becher des Lebens zur Reize geht, wenn wir die Schwingen des Todesengels fühlen, dann werden wir vielleicht ähnlich empfinden, wie jener römische Patrizier, der symbolische Reprä- sentant der antiken Lebenskunst, von dem die Ge- schichte erzählt, daß er vor seinem freiwilligen Tode sagte:

„Ich habe gelebt, ich habe mir die köst- lichsten Früchte vom Baume des Lebens ge- pflückt, der Tod hat nichts Erschreckendes für mich, so wie ich es verstanden habe zu leben, so weiß ich auch zu sterben, ich gehe ein in das Reich des Nichts.“

G. B. Carnot.

Die tschechische Reaktion.

Rede des Genossen Dr. Czech auf der Auliger Kreiskonferenz.

Von der Revolution zur Reaktion. — Das Schutzgesetz. — Eine Warnung an die tschechischen Sozialdemokraten. — Der „Kampf“ der Kommunisten.

Der Verlauf der tschechischen nationalen Revolution erinnert uns in den entscheidenden Phasen immer und immer wieder an das Schicksal der großen Revolutionen, der französischen, der deutschen und der österreichischen, die immer mit einer Niederlage der Demokratie, immer mit einer Niederlage der Arbeiterklasse endeten. Die Kämpfe des Jahres 1848 waren keine Kämpfe um soziale und wirtschaftliche Interessen, sondern um Kämpfe um die politische Befreiung des Bürgertums. Denn die Arbeiterklasse war sich damals über ihre Ziele noch ganz unklar. Sie war nichts anderes als eine instinktiv vorstürmende, unorganisierte Masse. Und doch waren die März-kämpfe 1848, waren die Märzopfer die Voraussetzung für alle weiteren Kämpfe des Proletariats um seine wirtschaftliche und politische Befreiung. Erst die Erkenntnisse, die sich die Arbeiterklasse holte, erst die traurigen Erfahrungen, die sie mit der Bundesgenossenschaft des Bürgertums machte, erst die revolutionäre Tradition des Jahres 1848 waren die Quellen, aus denen das Proletariat die für seine künftigen Kämpfe dringend notwendige Zielklarheit, die Einsicht in die Unausweichlichkeit des Klassenkampfes, die Kampfbegiertheit und den Troh schöpfte.

An diese Kämpfe des Jahres 1848 erinnert in geradezu plastischer Weise der Verlauf jener revolutionären Ereignisse, die sich

in den Oktobertagen des Jahres 1918 auf diesem Boden abspielten

und vom tschechischen Volke als nationale Revolution gefeiert wurden. Auch hier hatten sich im Oktober 1918 unterschiedslos Arbeiter, Bürger und Bauern zum Kampfe gegen die österreichische Reaktion zusammengeschlossen und hatten durch ihre einmütige Erhebung den Sieg der Revolution herbeigeführt. Die Sehnsucht nach der Befreiung aus der Habsburgerherrschaft, nach Wiedererrichtung der Selbständigkeit des tschechischen Volkes war die politisch treibende Kraft. Es waren aber auch wirtschaftliche Triebkräfte am Werke. Die tschechischen Bauern lebten nach dem feudalen Grund und Boden, dessen Aufteilung ihnen die siegreiche Revolution verkündet hatte, das tschechische Bürgertum, das sich bisher mit dem deutschen Bürgertum teilen mußte, trieb gierig nach der Regierungsgewalt und Gesetzgebung, um auf diesem Wege den Sturm auf das deutsche Kapital besser bestehen zu können, und auch das tschechische Proletariat gab sich, betört durch hundertfältige Versprechungen, der Hoffnung hin, daß der Herstellung politischer Freiheit und Gleichheit zwangsläufig auch die der sozialen und wirtschaftlichen folgen und der sozialistischen Republik die Wege ebnet würde. Doch

Der Rajenjammer

folgte bald auf dem Fuße. Solange es sich lediglich um die Sicherung des Staates, der errungenen Selbständigkeit, um die Herstellung der Grenzen, um die Durchführung der Friedensverträge, um den Aufbau der Verfassung handelte, war alles eitel Wonne. Als aber man dann nach einiger Zeit an den inneren Aufbau und die innere Festigung des Staates herantrat, als die großen wirtschaftlichen Probleme und die großen sozialen Fragen zur Verhandlung standen, da loderte sich sofort das Gefüge der revolutionären Waffenbrüderschaft. Da traten sofort die verschiedenen wirtschaftlichen Interessen in Erscheinung.

Die sozialen Gegensätze

wurden wieder lebendig. Und es zeigte sich auch sehr bald, daß zwischen Bauern und Bürgertum einerseits und dem Proletariat andererseits eine unüberbrückbare Kluft besteht, daß die erträumte wirtschaftliche und soziale Gleichheit aller tschechischen Menschen eben nur ein Traum gewesen ist, daß

die Arbeiter wieder einmal auf das schmachthafte betrogen

wurden, nachdem sie sich durch Freigabe des militärischen und bürokratischen Apparates an das Bürgertum selbst entworfen hatten. Mit jedem Tage wuchs die Enttäuschung der proletarischen Massen, da sie die ihnen gemachten Zusagen unerfüllt sahen und ihre Lage und ihr Los mit jedem Tage elender wurde.

Stumm hatte sich das Bürgertum auf dem Rücken des Proletariats zur Macht emporgearbeitet, als es

die ewige Unzufriedenheit und ewige Begehrlichkeit des Proletariats lästig zu empfinden

begann, das Proletariat kurzerhand abzuschütten versuchte und daran ging, seine Macht wirklich auszubauen. Von diesem Augenblick setzte die konterrevolutionäre Funktion des tschechischen Bürgertums ein, an dessen reaktionären Charakter es auch nicht das mindeste ändert, daß das tschechische Bürgertum sich einen Teil des tschechischen Proletariats unter Führung der tschechischen Sozialdemokraten mit Haut und Haaren zu verschreiben wußte.

Von den revolutionären und politischen Behauptungen wurde das wenigste erfüllt. Wohl wurde ein demokratisches Wahlrecht gegeben, aber es wurde durch alle möglichen Eingemeidungs-

tricks, durch wahltechnische und militärische Disziplinierungsmanöver, durch eine barbarische Geschäftsordnung unmöglich gemacht. Statt der versprochenen Freizug, Vereins- und Versammlungsfreiheit blieb es bei den altösterreichischen Gesetzen, welche jede freie Meinungsäußerung unterbanden. Das Verfassungsgesetz wurde mit einem Wust von Freiheitsphrasen drapiert, aber durch Übernahme der altösterreichischen Bestimmungen über Standrecht und die Ausnahmestimmungen, Aufhebung der Geschworenengerichte sowie durch raffinierte Ausgestaltung der Verordnungsgewalt der Regierung vollständig unterwühlt und ausgehöhlt. Die Abschaffung des stehenden Heeres, die Einführung der Miliz sank zur bloßen revolutionären Floskel herab, die versprochene Autonomie Karpathenrundslands und der Slowakei ist nur ein frommer Wunsch des ruthenischen und slowakischen Proletariats geblieben. Ein System unerhörter Persecutionen hat sich im Lande aufgerichtet und nimmt alles in seine Fänge, was sich gegen die offizielle Staatsauffassung auflehnen wagt. Im ganzen Lande beginnen sich die Kriminalfälle unheimlich zu füllen.

Nicht anders liegen die Dinge auf wirtschaftlichem Gebiete. Auch hier marschiert die Konterrevolution, kein Tag vergeht, an dem nicht durch Herabsetzungen der Löhne, durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Fundamente der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen untergraben, kein Tag, an dem nicht an der revolutionären Errungenschaft des Achtstundentages gerüttelt wird. Alle sozialpolitischen Gesetze werden durch Verfälschung ihres wahren Inhaltes jedes Wertes für die Arbeiterklasse entleert. In die Verwirklichung der feierlich versprochenen Verstaatlichung der Bergwerke, der Sozialisierung der Holzindustrie, denkt kein Mensch mehr im Staate, von der Verwirklichung der Sozialversicherung sind wir trotz aller feierlichen Zusagen und trotz der Potronanz der tschechischen Sozialdemokraten weiter entfernt denn je. Und so sehen wir denn als Ergebnis der tschechischen nationalen Revolution die gleiche Erscheinung wie bei allen Revolutionen und in allen Ländern. Das Bürgertum wick in dem Augenblick, in dem sich das Werk der Revolution vollenden sollte, vor der Revolution, die sie selbst hervorgerufen hatten, feige zurück. Es nimmt wieder rasch den Geist der Reaktion in sich auf und verbündet sich aus Angst vor den Arbeitern mit den Mächten der Konterrevolution. Es läßt auf dem Schauplatz das Proletariat als verblendete, aber als revolutionäre Klasse zurück und nimmt den Kampf gegen seine ehemaligen Verbündeten mit allen Mitteln brutaler Gewalt wieder auf.

Diese Betrachtung führt uns nun zu den allerletzten politischen Ereignissen. Eine der Leidensstationen des Proletariats in seiner großen Auseinandersetzung mit der siegreichen Konterrevolution, mit den reaktionären Gewalten, deren Träger die tschechische Sozialdemokratie ist, bildet

Der Kampf um das Gesetz zum Schutze der Republik.

Das tschechische Bürgertum, das die Macht des Staates fest in Händen hat, sieht den Zeitpunkt für gekommen, in welchem es das durch Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und schwere Not zermürbte, durch Parteien- und Richtungskämpfe geschwächte Proletariat niederzuwerfen und auf die Knie niederzuzwingen vermag. Schon hält die Bourgeoisie die Schlacht für gewonnen, schon glaubt sie ihre Herrschaft dauernd geborgen zu haben. Das Schutzgesetz ist gesichert. Doch was zurückliegt, das ist nur die erste Etappe in dem gewaltigen Ringen zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie. Denn der Kampf um das Schutzgesetz wagt weiter hin und her. Noch lange gibt sich das Proletariat nicht besieg, noch lange gedenkt es nicht zu kapitulieren, im Gegenteil sammelt es sich zu weiteren Kämpfen. Schon raffliert es sich wieder zu neuen Kampfformationen.

In der berühmten Sitzung des Parlamentes, als das Schutzgesetz unter Dach und Fach gebracht wurde, hielt Dr. Meißner unter dem stürmischen Beifall der ganzen Koalition eine Rede, in welcher er den deutschen Sozialdemokraten unter Hinweis auf das reichsdeutsche Schutzgesetz jede Legitimation zu einer ablehnenden Stellungnahme bestritt, und die Frage aufwarf, ob es denn eigene logische Verstandesvorschriften für die sozialdemokratische Partei in Deutschland und für die Tschechoslowakei gebe. Wir gaben ihm darauf die Antwort, daß wir zu einer Aussprache über das reichsdeutsche Schutzgesetz jederzeit bereit seien, die Verantwortung für das Geschehen aber klar ablehnen und sie seinen Schöpfern zuschieben. Wohin kämen wir, wenn wir für jede Stellungnahme, jede Auffassung, jede Entscheidung, jeden Schritt aller sozialdemokratischen Parteien der Welt die Verantwortung tragen müßten?

Wohin kämen wir, wenn wir für all dasjenige, was in den letzten Monaten unter tätiger Mithilfe der tschechischen Sozialdemokraten, vom Verfassungswerk angefangen bis zum Schutzgesetz geschehen ist, mit unserem Namen und unserer Verantwortung decken müßten?

Sowie wir den tschechischen Genossen gegenüber keine Schonung walten lassen und in jedem Falle vor aller Welt das Unsoziale ihres Handelns aufzeigen, so haben wir es auch in jedem Falle den reichsdeutschen Genossen gegenüber ge-

tan, so oft uns ihr Verhalten in den Gegensatz mit ihnen brachte. Wir haben unseren Standpunkt im Parlament zum Ausdruck gebracht, wir haben übrigens nie ein Hehl daraus gemacht, wie wir zu dem reichsdeutschen Schutzgesetz stehen und haben freimütig erklärt, daß wir uns mit dem Geist, der das reichsdeutsche Schutzgesetz befeelt, niemals identifizieren werden. Und doch, welcher gewaltige Unterschied zwischen dem reichsdeutschen und dem tschechoslowakischen Schutzgesetz in seiner Entstehungsgeschichte, in seinen grundlegenden Bestimmungen! In der Tschechoslowakei ging dem Gesetz lediglich das Attentat eines unreifen Burshen auf Raschin voran. Die Bewegung, die Hebe gegen Raschin, sie hatte durchwegs staatsreue Elemente, Legionäre, Nationalsozialisten, gewisse kapitalistische Kreise, zu ihren Trägern. Und das Entscheidende:

in diesem Lande ist weit und breit von einer monarchistischen und staatsfeindlichen Organisation keine Spur.

In Deutschland dagegen gibt es weitverzweigte monarchistische Organisationen, wohl organisierte politische Mordbanden, denen ungezählte politische Persönlichkeiten, die bedeutendsten und führenden Köpfe der Arbeiterbewegung zum Opfer gefallen sind, und die auch für die nächste Zeit bereits weitere Abschaltungen angekündigt hatten. In Deutschland stand man tatsächlich vor einer ernstlichen monarchistischen Restauration und vor ernstlichen Bemühungen in bezug der Abtrennung einiger Landesteile (Rheinlande, Bayern, Baden). Alles dies scheinen die tschechischen Genossen zu übersehen, die eine starke monarchistische Bewegung in der Tschechoslowakei und die Rückwirkung einer etwaigen monarchistischen Habsburgerrestauration in den schwärzesten Farben malen.

Aber in Wirklichkeit sind das nur Halluzinationen: vielmehr ergibt sich aus der Gegenüberstellung, daß ein Schutzgesetz überhaupt eine Berechtigung durch die Verhältnisse nur in Deutschland hat, während in der Tschechoslowakei die Vorbedingungen hierfür vollständig fehlen. Das reichsdeutsche Schutzgesetz enthält vierzehn Tatbestände. Dr. Meißner hat daraus für die Tschechoslowakei nur hundert gebraucht. Dr. Meißner erzählt, welche Kapitel er dem reichsdeutschen Schutzgesetz entnommen hat, aber er vergißt, daß er sie zu einem ganz raffinierten Netz verzehnfacht hat. Er vergißt, daß er aus einigen wenigen Paragraphen

ein Ungeheuer von einem Strafkodex

geschaffen hat.

Den tschechischen Genossen beliebt es, uns das Verhalten der reichsdeutschen Genossen beim Zustandekommen des reichsdeutschen Schutzgesetzes immer und immer wieder vor Augen zu halten. Und so fragen wir sie denn, ob es ihnen bekannt ist, daß die beiden Fraktionen der sozialdemokratischen Partei in Deutschland bei der Verhandlung des Gesetzes eine Reihe von Anträgen überreicht haben, die geeignet gewesen wären, dem Gesetz einen anderen Inhalt zu geben. So wurde von ihnen ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe aus allen reichsdeutschen Strafgesetzen überreicht, von der Parlamentsmehrheit aber niedergestimmt. Die tschechischen Sozialdemokraten haben aber wegen der Befestigung nicht nur nichts unternommen, sondern im Gegenteil sogar einen von unserer Partei zur Räumerrückführung unterbreiteten Antrag als derzeit nicht zeitgemäß zurückgewiesen!

Doch auch nach einer anderen Richtung bedürfen die Darlegungen des Genossen Meißner einer Ergänzung. Genosse Meißner erklärt, daß das alte Strafgesetz verbessert, modernisiert und dem jetzigen politischen Leben angepaßt werden mußte, da es überaus grausam gewesen sei und hunderte von sozialistischen Kämpfern den Kerker überliefert habe. Dabei vergißt aber Dr. Meißner, daß die alten österreichischen Gesetze, mögen sie noch so drakonisch gewesen sein, außer den Zeitlich schwersten politischen Persecutionen überhaupt nicht gehandelt wurden, da die Verurteilungen den Schwurgerichten vorbehalten waren. Aber bei näherer Prüfung zeigt es sich, daß von einer Modernisierung und Milderung des Gesetzes in der neuen Formulierung keine Spur ist und daß vielfach sogar Verschärfungen vorgenommen wurden. Dies zeigt sich besonders kraft bei der Gegenüberstellung der Hochverratsparagrafen und einer ganzen Reihe weiterer Deliktbestände in ihrer alten und neuen Formulierung.

Von dem Geiste des Schutzgesetzes zeugt auch die Bestimmung über die Präsidentenbelästigung. Sie widerspricht vollständig dem Geiste der Demokratie und würde vom Präsidenten, wenn er selbst zu entscheiden hätte, gewiß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Dabei wurde das Delikt zum sogenannten Anklage- oder Offizialdelikt gemacht, was selbst nicht einmal in monarchistischen Staaten von der Regierung vorzuschlagen gewagt wird.

Das traurige Kapitel des Schutzgesetzes stellen jene Bestimmungen dar, welche Preßdelikte und politische Delikte der Kompetenz der Schwurgerichte entziehen. Damit wurde der Demokratie und der politischen Freiheit durch die Unterbindung jeder Preßfreiheit und der Freiheit des Wortes der Garau gemacht. Immer wurden die Schwurgerichte, die in langen Kämpfen errungen worden sind, vom Volke als ein kostbares Kleinod gewohnt und die Außerkraftsetzung der Geschworenengerichte bei Preßdelikten wird es mit sich bringen, daß über jeder Presse das Damoklesschwert schweben wird, und daß jedes geschriebene Wort vor einem Berufsrichter wird verantwortet werden müssen. Diese Bestimmungen haben keinen anderen Zweck, als den Geist in der Presse den Herrschenden gefügig zu machen.

Fassen wir alle Bestimmungen des Schutzgesetzes zusammen, so ergibt sich für jeden ein klares Bild: daß das Schutzgesetz

ein Ausnahmengesetz par excellence

darstellt. Das behaupten nicht nur wir, das behaupten auch bedeutende tschechische Politiker und Journalisten, das behauptet vor allem der gewesene Finanzminister Dr. Engliš und der tschechische Rechtslehrer K. L. u. p. Am das Schutzgesetz zu rechtfertigen, haben die tschechischen Genossen die Behauptung aufgestellt, daß die Republik sich gegen die tatsächlichen und verborgenen Feinde schützen müsse und daß sie in Gefahr sei. Wo aber, fragen wir, ist für die Republik eine Gefahr, wo gefährden die äußeren und inneren Feinde die republikanischen Einrichtungen, wo sind die Grundfesten des Staates gefährdet? Weit und breit sehen wir nichts im Anzuge, was die Grundfesten des Staates gefährden könnte. Richtig ist, daß nach der Verfassung die höchste Gewalt vom Volke ausgehen soll. Das gilt vom ganzen Volke und nicht von dem herrschenden Volke allein. Befehlen wir uns die Verhältnisse in unserem Lande, so zeigt sich, daß die Macht in den Händen des tschechischen Volkes allein liegt. Die anderen Völker dieses Staates sind nur auf Minoritätsrechte gesetzt. Bei der Beratung der Verfassung wurden die Minoritätsvölker nicht herangezogen und man hat sie einfach vor fertige Tatsachen gestellt. Auch in allen anderen Fragen behandelt man die Völker hier so, daß das herrschende Staatsvolk diktiert und die Minoritätsvölker einfach zu gehorchen haben. Eine solche Stellung der nach Millionen zählenden Minoritätsvölker in diesem Staate ist mit der Demokratie unvereinbar.

Wenn uns Dr. Meißner fragt, ob es eine andere Demokratie in der Tschechoslowakei und eine andere in Deutschland gäbe, so antworten wir ihm, daß in Deutschland alle Staatsbürger nach der Verfassung gleichberechtigt sind, während die Tschechoslowakei

zwei Kategorien von Staatsbürgern

kennt. Daraus ergibt sich naturgemäß für die verschiedenen Gruppen von Staatsbürgern eine verschiedene Betrachtung über die Demokratie dieses Staates und über diesen Staat selbst. Aber auch das tschechische Volk ist noch lange nicht im Genuße der vollen Demokratie. Dr. Meißner wirft sich in die Brust und verweist auf das demokratische Wahlrecht. Doch das demokratischste Wahlrecht von der Welt macht für sich allein noch keine Demokratie. Selbst wenn Dr. Meißner recht hätte, so haben wir wohl ein demokratisches Wahlrecht und haben unsere Vertreter, doch diese sind in den entscheidenden Augenblicken dank der Brutalität der Geschäftsordnung stumme Hunde. Dr. Meißner meint, eine solche Geschäftsordnung sei notwendig, sonst hätten wir eine Regierung der Minderheit, die ihre Macht zum Umsturz des Staates benutzen könnte. Aber was Dr. Meißner hier sagt, das verstößt vollends gegen den Geist der Demokratie. Nur die antike Demokratie forderte den Kadavergehorsam der Minderheit. Die moderne Demokratie aber beruht auf dem Prinzip der vollen Gleichheit aller Staatsbürger und aller Völker, sie schützt die Mehrheit und Minderheit gleichermaßen. Auch die tschechischen Genossen waren einst der gleichen Auffassung. Die Geschäftsordnung, die ebenso wie die ganze Verfassung, das Werk Dr. Meißners ist, hat die Minderheit vollständig rechtlos und wehrlos gemacht, sie erwirkt sie mit brutaler Faust. Diese Geschäftsordnung atmet den Geist der Reaktion, sie hat mit der Demokratie nichts gemein, sie ist nichts als nackte Gewalt. In ihren Parlamentssreden meinten Dr. Meißner und Dr. Soukup, daß Demokratie nicht Schwäche, nicht Unentschiedenheit, nicht Unsicherheit bedeute, sondern strenge Ordnung! Auch Metternich und Bach haben nicht anders gesprochen, nur haben sie sich nicht eingebildet, Demokraten zu sein. Es hat Zeiten gegeben, da auch die tschechischen Genossen vom Meißner'schen Geiste der strengen Ordnung noch nicht allzusehr durchdrungen waren, wo auch sie nicht alles, was die staatliche Bunze trug, als bare Münze hingenommen hatten, wo auch sie aufzubegehren und aufzuschreien verstanden. Seither haben sich die Zeiten und die tschechischen Genossen ganz gründlich gewandelt. Sie sind plötzlich zu Hüttern der gesellschaftlichen Ordnung geworden und haben den alten revolutionären Troh, der jedem Sozialdemokraten in Fleisch und Blut übergegangen ist, längst verloren.

Und nun kann ich diesen Teil meiner Ausführungen schließen, allerdings nicht ohne

ein Mahnwort an die tschechischen Genossen.

Mögen sie doch endlich erkennen, daß der Feind rechts steht, daß die wirtschaftliche und politische Reaktion, wenn sie einmal losläßt, zwischen Kommunisten und Sozialisten keinen Unterschied machen wird; mögen die tschechischen Genossen endlich erkennen, daß es ein Zeichen größter politischer Reife ist, anzunehmen, daß man die Reaktion am besten zu bannen vermag, wenn man sich mit ihr verbindet und sie zur Schützerin der Freiheit macht. Mögen sie endlich einsehen, daß ihre Politik sie zwangsläufig zugrunde richten müsse und daß es für sie keine andere Rettung gibt, als in der schnellsten Umkehr zum Sozialismus.

Und nun wollen wir uns den

Kommunisten

zuwenden, die sich wieder einmal aus der Not der Zeit heraus eine kleine Treibjagd gegen die deutschen Sozialdemokraten zugelegt haben. Ich

Tages-Neuigkeiten.

Begriffe die Lage der kommunistischen Partei vollends. Sie ist nach dem Zusammenbruch ihrer Schlagwörter-Politik keine beneidenswerte. Ohne die Dummheiten der tschechoslowakischen Staatspolitik, ohne die geradezu unfähige Rechtspolitik der tschechischen Sozialdemokraten wären die Kommunisten längst schon am Ende ihres Lateins. Ich verstehe auch die peinliche Situation des deutschen Kommunismus, der sich bisher immer und immer wieder an der Grundlosigkeit unserer Politik den Kopf eingeraunt hat und nun frampfhaft und verzweifelt, aber auch hoffnungslos nach Angriffspunkten gegen unsere Partei auslugt. Alles das verstehe ich sehr wohl. Was ich aber nicht begreife, ist, daß sich die Reichsberger Kommunisten jetzt eine Zwickelfestung des tschechoslowakischen Proletariats, in der die ganze Kraft auf einen einzigen Punkt einstellt, die ganze Wucht und Schlagkraft auf die Abwehr eines der schändlichsten Attentate gegen die Arbeiterbewegung und Demokratie konzentriert werden muß, zu einer Extratour gegen uns ausgesandt haben. In knochiger Aufmachung wird im Reichsberger Vorwärts plakatiert, daß wir die Kommunisten, diese „revolutionären Vortrupps des Proletariats“ im Kampfe um das Schutzgesetz im Stiche gelassen, den Deutschnationalen Ribbeln genötigt geschworen, uns mit Ledgman, statt mit Schmeral verbunden haben, und uns durch Versprechungen der Regierung haben zum Schweigen bringen lassen. Da wir uns im Verkehr mit den Reichsberger Kommunisten das Staunen über eine derartige Häufung von Unwahrheiten bereits längst abgewöhnt haben, hatten wir für diese Summe von Einfaß, die da den Vorwärtslesern aufgeschicht wird, nur das tiefste Mitleid. Was in Wirklichkeit geschehen ist, ist bald erzählt. Da — wie auch die Kommunisten von der ersten Stunde an erklärten — eine Verhinderung des Schutzgesetzes — selbst durch das Aufgebot der äußersten parlamentarischen Mittel — ausgeschlossen war, hatten die Oppositionsparteien nur die Wahl zwischen der hoffnungslosen Ausschöpfung vorhandener parlamentarischer Mittel und der Absehtierung von der parlamentarischen Verhandlung des Gesetzes. Wir mußten damit rechnen, daß, wenn es im Parlament zu einem Sturme von 117 oppositionellen Abgeordneten kommt, der parlamentarische Kampf auf die Straße überweist. Das hätte die Niederlage der nationaltschechischen Leidenhaftesten wieder gesteigert, die zwischen dem deutschen und tschechischen Proletariat bestehende Kluft erweitert und vertieft. Darum entschlossen wir uns in der gemeinsamen Beratung mit der übrigen Opposition, an welcher nicht bloß wir und die Deutschbürgerlichen, sondern neben Schmeral auch Ledgman, neben Burian auch Krepel, neben Kreibitz auch Jung teilnahmen, für den letzteren Weg. Unmittelbar vor der parlamentarischen Beratung wurden die Verhandlungen mit sämtlichen Oppositionsparteien, darunter auch mit den Kommunisten fortgeführt und schließlich — ohne Beitritt der Kommunisten — zum Abschluß gebracht. Die Kommunisten, die von der ersten Stunde an eine Verhinderung des Gesetzes für unmöglich hielten, auch eine kläglichste Obstruktion perhorreszierten, erklärten, auf die Teilnahme an der Generaldebatte und auf die Herbeiführung einer Abstimmung über die von ihnen vorbereiteten Anträge nicht verzichten zu können. Sie ließen aber die übrige Opposition auch nicht mit einem einzigen Worte wissen, daß sie inzwischen ihre ursprünglichen Absichten geändert, sich zur lärmenden Obstruktion und besonders zur Desorganisation Schmerals, der in der Versammlung auf der Sossieninsel die entscheidenden Kämpfe außerhalb des Parlamentes verlegt hatte, entschlossen hätten. Dies der wahre Sachverhalt, den die Darstellung des Reichsberger Vorwärts in das Gegenteil umkehrt, wobei über die Verfidie im „Vorwärts“, als wären uns von der Regierung irgendwelche Versprechungen gemacht worden, nicht erst Vieles gesagt werden muß. Es genügt die Feststellung, daß wir weder mit einem Mitgliede der Regierung, noch auch der Koalitionsparteien auch nur ein Sterbenswörtchen über das Schutzgesetz gesprochen, geschweige denn verhandelt und schon gar nicht einen Pakt abgeschlossen haben. Diese Verfidie richtet sich von selbst. Und wenn sich die Kommunisten jetzt über die Schändung des Parlamentes gar so sehr aufzuregen, dann mögen sie nicht vergessen, daß auch ihre Absehtungen in der Revolutionärsversammlung am Verfassungswerk und der Geschäftsordnung Mate bestanden sind und für beide Vorlagen geklämt haben — nun rächt sich das Werk an dem Meister.

Für uns ist der Kampf um das Schutzgesetz naturgemäß nicht abgeschlossen. Nie und nimmer werden wir uns mit dieser Menge abfinden, möge es noch so dramatisch gegen uns gehandhabt und eine Zuchtrute für die Arbeiterklasse werden, oder möge es der allgemeinen Verachtung anheim fallen und so wie es gekommen ist, wieder schändlich verenden. Schon das Gefühl, daß das Gesetz da ist, daß es die Luft mit seinem Pesthauche erfüllt, schnürt uns die Kehle zu und zwingt uns, nach Beseitigung zu ringen. Das deutsche Proletariat befindet sich nicht zum ersten Male in solcher Lage. Es mußte — ehe es zu seiner heutigen Stellung gelangte — eine stoßbrille Schule passieren. Es mußte unendliche Widerwärtigkeiten, hundertfältige Pein über sich ergehen lassen und hat alle diese Härlichkeiten durch bewundernswerten Opfermut, durch ehrene Kampfbereitschaft zu überwinden vermocht. Es wird auch die neuen Klippen zu umgehen, die neuen Hindernisse für seinen Vormarsch zum Sozialismus zu beseitigen wissen.

Die protestantische Konkurrenz. In der „Arbeiter-Zeitung“ lesen wir: Die Kirchen haben es auch nicht besser als die anderen Geschäfte. Um sich durchzusetzen und ihren Kundenkreis zu erhalten, müssen sie einen harten Konkurrenzkampf führen. Auch alte und gut eingeführte kirchliche Unternehmungen müssen schwer um jeden Kunden kämpfen. Selbst auf den Märkten, welche sie seit Jahrhunderten beherrschen, begegnen sie heute schon großen Schwierigkeiten, besonders seitdem der Kundennutzeil eingesezt hat und die Leute, die auf die kirchliche Ware verzichten, immer zahlreicher werden. Freilich suchen die Kirchen neue Absatzgebiete und wie die Industrie werfen sie sich auf die Märkte in den Kolonien. Aber die Zahl der beschreibaren farbigen wird immer geringer und die verschiedenen christlichen Sekten haben viel zu tun, um einander die farbigen Seelen abzujoagen. Davon gibt ein Brief Zeugnis, den Pater A. Willard, Provinzial der Gesellschaft Jesu, jüngst an die Leiterin der Petrus Claver-Sodalität gerichtet hat. Er dankt darin für eine Bibel in der Kongopraache, welche die Sodalität herausgegeben hat, und schreibt wörtlich:

„Im Zeitpunkt, da die afrikanischen Missionen eine so große Entwicklung nehmen trotz der ungeheuren protestantischen Konkurrenz, welche herrlichen Dienst leisten Sie ihnen doch dadurch!“

Hoffentlich wird es dem katholischen Geschäft gelingen, mittels der Kongoidel die protestantische Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen und recht viele Kongoneger in die katholische Abteufung des Himmels herüberzuziehen.

Nur die Halenkrenzer sind frei von jüdischem Geiste und Gelde! Die Deutschnationalen aber schon lange nicht, wie ein Artikel beweist, der dieser Tage in einem reichsdeutschen Blatte erschienen ist und in dem ein ebensolcher Deutschnationaler über die „Verjudung“ der deutschen Presse schreibt:

Doch nicht genug: auch der größte Teil der national eingestellten Presse lebt vom jüdischen Kapital! In den meisten Blättern der Deutschen Volkspartei und in nicht wenigen der Deutschnationalen leugert man den jüdischen Einfluß, schneht man das jüdische Gift, wenn man den Witten hat, zu sehen und zu kosten.

Daß die bürgerliche Presse vom Kapitalismus ohne Unterschied keiner konfessionellen Angehörigkeit angeschlossen wird, ist ja nichts neues. Interzession ist nur das Eineständnis der Halenkrenzer, daß auch ihre Presse nicht vom „reinen Idealismus“, sondern von der wohlklingenden Münze der Kapitalisten lebt. Denn der Schreiber obiger Zeilen wendet sich nicht entrüstet dagegen, daß auch große Teile der nationalen Presse vom Kapital leben, sondern daß sie vom jüdischen Kapital leben. Das Gift des Kapitalismus schlechthin will er nicht schmecken, er schmeckt nur das „jüdische Gift“, weil er mit dieser Wore, mit Rücksicht auf den Halenkrenzerschmid den Kopf seines Blattes am vorteilhaftesten hausieren geben kann. Einem vernünftigen Menschen wird er damit nichts vormachen, da jedes Kind heute weiß, daß die ganze bürgerliche Presse, ob Halenkrenzerlich oder anders schottiert, dem Kapitalismus dient. Konfession und Masse des Kapitalismus bleibt dabei Nebenjoch.

Firma Penhas. Wie die Tepitzer „Freiheit“ berichtet, verbreitet ein Herr Arnost Weiß, Prag II, Mlynskova 5, ein Flugblatt, in welchem er Geschädigte aus dem Konkurs der Firma Penhas, Glaswerke A. G. und dem Konkurs ihrer Vorgänger, der Firma Knizek in Turn, Josef Knizek in Allersdorf, Glaswerke in Novi Vani und Srovnkem Rudine, auffordert, sich bei ihm zu gemeinsamer Durchsetzung ihrer Rechte zu melden. Es ist nicht möglich, alle Angriffe des Flugblattes hier wiederzugeben; es genügt aber auch, zu sagen, daß sie ganz außerordentlich schwerwiegend sind. Das Flugblatt behauptet, die neue Gesellschaft, also die Nachfolgerin der Firma Knizek in Turn und Allersdorf, sei vor Eröffnung des Betriebes und ohne irgend welchen Verlust in Konkurs gegangen. Die vielen, die teils in barem, teils durch Lieferungen und unter Haftung der Gründer und der Bank dieser Gesellschaft Kredit gewährt hatten, seien auf diese Art betrogen worden. Herr Weiß verweist in seinem Flugblatt darauf, daß bereits im Jahre 1922 allen Ministern eine Denkschrift überreicht wurde, die über die ganz ungewöhnlichen Vorgänge bei Gründung und Ende dieser Firma berichtete. Jemand einen Erfolg hatten diese Interventionen gesucht? Nicht. Herr Weiß sagt in seinem Flugblatt: „Ich habe den Mut, zu sagen, daß es sich hier um einen Betrug handelt, ausgepielt mit heilspielloser Frechheit unter den Augen der Behörden und auf Grund vorgeläufiger, unrichtiger Informationen und deshalb habe ich nicht Abstand genommen, bei jeder Gelegenheit zu rufen nach der Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen, sowie nach dem Ersatz der auf diese Weise erbeuteten Betröge.“ Die Behauptungen dieses Flugblattes machen es — bemerkt die „Freiheit“ — notwendig, daß die Regierungsstellen zu ihnen Stellung nehmen. An der Republik hat es bis jetzt schon so viele Korruptionsfälle gegeben, daß jede neue Behauptung die ähnliche erzählt, ohne weiteres geglaubt wird. Da ist es denn umso notwendiger, daß angesichts dieser Sprache des Herrn Weiß, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, klar und offen erklärt wird, was zur Aufhellung des Falles geschehen ist oder was nach Meinung der Regierungsstellen zu geschehen

hat. Es ist nicht möglich, einfach dauernd zu schweigen.

Die Tagung sozialistischer Studenten in Frankfurt a. M. Am 15. März sind, wie wir bereits gemeldet haben, im Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. die Delegierten der Sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs zu ihrer diesjährigen Tagung zusammengetreten. Im ganzen waren 19 Delegierte anwesend, die 24 Universitäten vertraten. Aus den Tätigkeitsberichten war zu ersehen, daß Wien mit 600 immatrikulierten sozialistischen Studenten die größte Universität hat. In Wien besteht auch ein sozialistisches Studentenbeim und für die sozialistischen Studenten ein regelmäßiger Mittagsklub. Jedes Mitglied ist in Wien verpflichtet, irgendeinen Posten in Partei, Gewerkschaft oder Jugend zu haben. Mächtig hat man eine akademische Arbeiterbewegung gegründet. Das Zentrum der Bewegung ist Berlin mit 150 arbeitsfähigen Mitgliedern, dazu kommt noch eine Gruppe sozialistischer Handelslehrlinge. Leipzig hat in Deutschland die beste Organisation. Hier arbeiten 110 Genossen, die im letzten Semester einen Zustrom von 40 Studenten zu verzeichnen kamen. Alle Berichte, die gegeben wurden, bewiesen, daß es in ganzen Reiche aufwärts geht mit der sozialistischen Studentenbewegung und daß sie im Vergleich zu den Jahren 1920/21 ganz beachtliche Erfolge aufzuweisen hat. — Leiter „Student und Partei“ sprach auf der Tagung Universitätsprofessor Dr. Sinzheimer, der in seinem Referate erklärte, daß der Student als lerrende, unerrichtende Kraft sich der Partei einordnen müsse. Als tüchtig durchgebildet, fleißiger und ehlicher Sozialist müsse er sich als Glied in die große Kette fügen. Aufgabe der Partei und Gewerkschaft sei aber, das Vorurteil gegen den Akademiker zu überwinden, sie müsse ihn an sich fesseln, damit wertvolle Kräfte nicht verloren oder gar ins geistliche Lager übergingen. Die Partei brauche die Akademiker, die Akademiker brauchen die Partei. Nach dem Referate wurden Resolutionen angenommen, die als wichtiger Schritt zur Annäherung der Intellektuellen an die sozialdemokratische Bewegung zu werten sind, da sie als grundlegend für die Einstellung der sozialistischen Studentenschaft zur vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands betrachtet werden müssen.

Die Gentener Universität wird nicht slawisch. Wie die „Agence Belge“ meldet, hat der belgische Senat nach Beendigung der allgemeinen Besprechungen über den Gesetzentwurf betreffend den Gebrauch der Sprachen an der Universität Gent zunächst die von der Kammer ihm übermittelten Artikel des Gesetzentwurfes geprüft. Artikel 1, der den Grundsat der Biederberksamung der Universität Gent aufstellt, ist mit 76 gegen 38 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen abgelehnt worden.

Besserung im Zustand Lenins. Das von Moskau gedrahte achte Bulletin über den Gesundheitszustand Lenins vom 20. März lautet: Die bisher konstatierte Besserung des Gesundheitszustandes Lenins schreitet stufenweise fort. Sein Gesamtzustand ist gut.

Reparatur der astronomischen Uhr am Altstädter Rathaus in Prag. Eine der größten Sehenswürdigkeiten von Prag, die astronomische Uhr am Altstädter Rathaus wird dieser Tage einer gründlichen Reparatur unterworfen werden. Die Stadtgemeinde hat, wie die „Prager Presse“ meldet, zu diesem Zwecke 40.000 K bewilligt. Die Uhr, deren Reparatur bis Ende Mai durchgeführt sein soll, ist bekanntlich im Jahre 1490 vom Professor der Mathematik an der Prager Universität, Hansus, konstruiert worden. Im Laufe der Jahrhunderte mußte die Uhr schon mehrmals repariert werden, da sie gegen Wind und Wetter ungeschützt ist und ihre Zifferblätter sehr unter der Witterung zu leiden haben. — Eine weit größere und wertvollere sogenannte astronomische „Kunsthur“ befindet sich auch in Olmütz. Die Olmützer Uhr befindet sich aber in einem derart verwahrlosten Zustand, daß ihre Reparatur dringend notwendig wäre. Der Olmützer Stadtrat hat diese jedoch auf das nächste Jahr verschoben, da für solche Zwecke kein Geld vorhanden ist.

Für den alten Arbeiter bleibt nur der Strid. Vor einigen Tagen wurde, so berichtet der „Volkswille“, von dem Schwarzenbergischen Klutenheper der Maschinenist Josef Mundspil im Jagantagen in Postelberg erhängt aufgefunden. Mundspil war ein alleinst. Besitzer, braver, ruhiger Mann, hat als Maschinist seinen Dienst durch volle 33 Jahre bei der Schwarzenbergischen Domänenverwaltung treu versehen und sollte nun als „zu alt“ aus dem Dienste entlassen werden. Der Lebensmüde hinterließ eine arme kranke Frau, welche nun in bitterster Not geraten ist. Dreißig Jahre hat der Mann dem steinreichen Herrn Fürsten treu und redlich gedient und zur Nehrung des Reichtums beigetragen und nun erhält er den Fuhrtritt.

Verhaftung eines gefälschten Banknotenfälschers. Wie aus Berlin gemeldet wird, wurde in Salense eine Fälschungsanstalt aufgehoben, die seit dem Frühjahr 1922 in Deutschland, Frankreich, Polen, Belgien und Rußland so gut nachgemachte Fälschungen englischer Zehnpfundscheine in Umlauf brachten, daß selbst eine Reihe englischer Banken mit den Fälschungen betrogen wurden. Die Bank von England wandte sich nach Entdeckung der Fälschungen auch an die Polizeibehörden der deutschen Großstädte. Das Materialprüfungsamt Lichterfelde konnte die Herkunft des zu den Fälschungen verwendeten Papiers feststellen. Im Herbst vorigen Jahres begann sich plötzlich der Vertrieb der falschen Noten hauptsächlich auf Deutschland zusammenzuziehen. Der Verdacht fiel auf den russischen Kunstmaler Wassiljew, der nach längerer

Abwesenheit vor kurzem wieder in Berlin auftauchte. Nachdem die Fälschungsstelle sich über da Leben und Treiben Wassiljewss hinlänglich bei gewisert hatte, erfolgte seine Verhaftung unter Umständen, welche den Russen zu einem sofortigen unumwundenen Geständnis zwangen. Wassiljewoff erklärte, seine Mitschuldigen zu haben eine Behauptung, die den Tatsachen zu widersprechen scheint.

Das Wüten der Seuchen in der Ukraine. In Charkow findet gegenwärtig ein Kongreß der sanitären Organisationen des Charkower Gouvernements statt. Aus den Berichten der lokalen Vertreter ergibt sich, wie der amtliche Charkower „Kommunist“ meldet, ein erschütterndes Bild der allgemeinen Ausbreitung der Tuberkulose und Syphilis, die zu einer wahren Geißel der Arbeiter- und Bauernbevölkerung geworden sind. In einzelnen Bezirken sind bis zu 60 Prozent der gesamten Bevölkerung an Syphilis erkrankt, in anderen Gegenden tragen die Erkrankungen einen „fast allgemeinen Charakter“ sodas ganze Dörfer davon ergriffen sind. Besonders verbreitet ist die Krankheit in den an der Eisenbahn gelegenen Dörfern und Dörfern; die Infektion wird meist von den heimkehrenden Rotarmisten ins Land gebracht. Die den Behörden zur Verfügung stehenden Bekämpfungsmittel an Krankenhäusern, Ambulatorien, Arzereien usw. sind vollkommen ungenügend. Die Tuberkulose fordert unzählige Opfer hauptsächlich in den Städten und Industriezentren, während sie auf dem flachen Lande weniger verbreitet zu sein scheint; ihr Auswachen gegenüber der Vorkriegszeit ist neben der allgemeinen Verarmung und Not auch darauf zurückzuführen, daß seit Jahren keine systematische Bekämpfung der Tuberkulose erfolgt. Aus Katerinoslaw in der Ukraine wird gemeldet, daß die Zahl der Erkrankungen an Leishmaniose und die Fälle von Schlafkrankheit stark zuzunehmen.

Ein Betrug an einem Brünner Kaufmann in Wien. Dienstag wurde am Südbahnhof in Wien ein Betrug mit einer Schadenssumme von 100 Millionen Kronen verübt. Ein Mann hat 2 Kisten, enthaltend Medaillen, den Brünner Kaufmann Robert Schwentz entlockt.

Riesengebiete in Ungarn überschwemmt. Aus Budapest wird gemeldet: Infolge des anhaltenden Regens sind in Ungarn Riesengebiete unter Wasser. Allein bei Szegedin sind mehr als 1000 Hoch Ackerfeld überschwemmt. Der bei Szegedin liegende Weiße See gleicht einem Meer. Viele alte, aus Lehm gebaute Häuser sind zusammengeknüllt. In der Stadt Szegedin sind die meisten Keller unter Wasser. Es wurden große Pumpanlagen angebracht, die Tag und Nacht im Betriebe sind.

„Ein abgeschlagtes Konzert.“ Wir erhalten vom Musiker-Verband eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Die deutschen bürgerlichen Zeitungen haben unter obigem Titel eine Notiz der Reichsberger Zeitung mit der Ueberschrift „Konzert der Dresdener Staatsoper abgeschlag“ wiedergegeben, welche Notiz den Tatsachen nicht entspricht. Um der breiten Öffentlichkeit ein wahrheitsgetreues Bild des monatelangen Kampfes um die Existenz der Berufsmitglieder in Reichenberg zu entwerfen, genügt es, folgende Tatsachen festzuhalten. Schon im Mai 1922 hatten die Berufsmitglieder in Reichenberg unter der Konkurrenz der Zittauer Stadtkapelle schwer zu leiden. Das Reichenberger Theaterorchester war genötigt, in der Sommerzeit, in welcher das Theater umgebaut wurde, sich von den Einnahmen der veranstalteten Konzerte zu ernähren. Diese Konzerte wurden durch die Auslandskonkurrenz verschiedener Orchester, besonders aber durch die des Philharmonischen Orchesters aus Dresden unendlich gemacht. Als die neue Theaterspielzeit begann, hat sich das Reichenberger Theaterorchester der Direktion gegenüber verpflichtet, am Sonntag vormittags Symphoniekonzerte zu veranstalten, damit dem Orchester die ganzjährige Spielzeit durch die Einnahmen dieser Symphoniekonzerte gesichert werde. Zur selben Zeit begann das Dresdener Orchester seine Tätigkeit in Reichenberg. Das Dresdener Philharmonische Orchester ging soweit, daß es seine Tätigkeit nicht mehr auf Reichenberg allein beschränkte, sondern in ganz Ost- und Nordböheimen Konzerte veranstaltete. Auch dem Dresdener Orchester kamen auch Mitglieder der Dresdener Staatsoper über die Grenze und machten den Berufsmitgliedern Konkurrenz. Schon im August 1922 stellten die Musiker des Reichenberger Stadttheaters das Verlangen, das Einreiseverbot für das Dresdener Philharmonische Orchester bei der Behörde zu erwirken, da es sich um „Sein“ oder „Nichtsein“ des Theaterorchesters in Reichenberg handelte. Die Hilseskreie des Theaterorchesters in Reichenberg mehrten sich und so war der Verband der Berufsmitglieder in Tepitz-Schönan gezwungen, die Forderung bei den Behörden zu stellen, den reichsdeutschen Orchestern und Musikern die Einreisebewilligung nur im Einverständnis mit dem Musiker-Verbande zu erteilen. Die Einreiseerlaubnis wurde auf Grund der einwandfrei festgestellten Tatsachen nicht mehr erteilt und wurde dies in einem Erlasse des Ministerium für soziale Fürsorge im November 1922 kundgegeben: also drei Monate vor dem oben zitierten abgeschlagenen Konzert der Dresdener Staatsoper. Es berührt eigentümlich, wenn in der Zeit der allgemeinen Wirtschaftskrise und der großen Arbeitslosigkeit der Berufsmitglieder ausländische Orchester zu Konzerten herangezogen werden, statt die um ihre Existenz ringenden, ortsaussässigen Musiker zu beschäftigen. Es wurde vom Verbande der Berufsmitglieder in Tepitz-Schönan noch vor Einseinreiten bei den Behörden der Verzicht gemacht, im Einverständnis mit den Vertrauensleuten des Dresdener Philharmonischen Orchesters sowie dem Deutschen Musiker-Verbande in Berlin ein Uebereinkommen zu treffen, welches auch schriftlich

